

NEUE STRÖMUNGEN IM RECHTSEXTREMISMUS, – PARTEIEN UND NEUE RECHTE –



Tagungsband zur Fachtagung am 3. November 2016
Roncalli-Haus Magdeburg

Vorwort

Am 3. November 2016 hat die Abteilung Verfassungsschutz des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt ihre jährliche Fachtagung im Roncalli-Haus Magdeburg durchgeführt.

Die Fachtagung richtete sich an interessierte Bedienstete des Landes und der Kommunen, der Polizei sowie aus dem Bereich der Justiz, u. a. insbesondere an Richter, Staatsanwälte und Bedienstete der Justizvollzugsanstalten und war darauf ausgerichtet, über die aktuellen Entwicklungen im Spektrum rechtsextremistischer Parteien und Bewegungen zu informieren und das Rekrutierungs- und Gefahrenpotenzial aufzuzeigen.

Unter dem Titel „Neue Strömungen im Rechtsextremismus, Parteien und Neue Rechte“ widmeten sich vor etwa 130 Zuhörern Referenten aus Wissenschaft und Praxis dem interessierten Fachpublikum.

Herr Diplom-Theologe Guido Erbrich, Pädagogischer Leiter des Roncalli-Hauses Magdeburg, begrüßte die Tagungsteilnehmenden. Die Tagesmoderation der Veranstaltung hatte der Wellenchef beim MDR-Sachsen-Anhalt, Herr Dr. Winfried Bettecken, übernommen.

Die Veranstaltung eröffnete Herr Abteilungsleiter Jochen Hollmann, der in seiner Ansprache betonte, dass sich das rechtsextremistische Spektrum modernisiert habe und sich thematisch und kommunikativ gesellschaftlichen Entwicklungen anpasse. Die in den Parteien organisierte rechtsextremistische Szene besitze wegen der aktiven Teilnahme an der politischen Willensbildung eine höhere Wirkungskraft auf die Gesellschaft als andere Szenen. Er machte deutlich, dass sich der demokratische Verfassungsstaat und die demokratische Gesellschaft in allen politischen Ebenen der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus als ideologische Kernelemente des Rechtsextremismus in Deutschland stellen müsse.

Zum Tagungsinhalt:

Der organisierte Rechtsextremismus erfuhr im Kontext der Flüchtlingssituation eine starke Dynamik. Partiiell mussten die Sicherheitsbehörden feststellen, dass auf diesem Themengebiet Allianzen zwischen Rechtsextremisten und bürgerlicher Mitte entstanden.

In der rechtsextremistischen Szene in Deutschland zeigte sich mit der Neugründung von Parteien wie „DIE RECHTE“, „DER III. WEG“ und der „Identitären Bewegung“, dass es offensichtlich gelingt, junge Menschen wieder fester an Parteistrukturen zu binden.

Auch über Gruppenbeziehungen wie „Brigaden“, „Divisionen“, „Kampfbündnisse“ oder „Aktionsgruppen“ unterstreichen rechtsextremistische Akteure ihre Handlungsbereitschaft und geben damit einen Hinweis auf die Gewaltbereitschaft und Militanz der Szene.

Herr Matthias Möckel, Referatsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz, Herr Axel Heidrich, Abteilungsleiter Auswertung im Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen sowie Herr Dr. Hilmar Steffen, Referatsleiter Auswertung und Beschaffung Rechtsextremismus/-terrorismus im Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt führten zu den aktuellen Entwicklungen und zur aktuellen Lage der rechtsextremistischen Szene in Deutschland aus.

Frau Sally Hohnstein, wissenschaftliche Referentin an der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention am Deutschen Jugendinstitut e. V. in Halle (Saale), rundete die Tagung über aktuelle Trends der Nutzung der multimedialen Welt durch Rechtsextremisten ab.

Herr Prof. Dr. Frank Decker, wissenschaftlicher Leiter der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik, beleuchtete mit seinem Fachvortrag die Entwicklung der Rechtspopulistischen Parteien in (West)-Europa aus wissenschaftlicher Perspektive.

In der abschließenden regen Podiumsdiskussion konnte in übergreifender fachlicher Diskussion als Fazit festgestellt werden, dass Rechtsextremismus leider auch weiterhin Verbreitung und Zuspruch bei einem Teil der Gesellschaft findet. Aber auch die verfassungsfeindliche politische Agitation rechtsextremistischer Parteien und neonazistischer Organisationen hat nicht nachgelassen. Diesen menschenfeindlichen Impulsen gegen Freiheit und Demokratie gilt es geschlossen und entschlossen entgegenzuwirken.

Mit dieser Tagungsbroschüre werden nachfolgend die Ausführungen der Referenten dokumentiert.

In diesem Sinne wünschen wir allen interessierten Leserinnen und Lesern dieser Tagungsbroschüre eine ertragreiche, aber auch zum Nachdenken anregende Lektüre. Wir hoffen, dass die Fachtagung dazu beigetragen hat, die dargestellten Aspekte und die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus im Land weiter zu befördern und in die tägliche Arbeit einfließen zu lassen.

Allen Mitwirkenden danken wir für ihren Beitrag zum Gelingen dieser Fachtagung.

Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass die Beiträge der Referenten die Auffassungen der jeweiligen Verfasser zum Ausdruck bringen.

Ihr Präventionsteam
der Abteilung Verfassungsschutz
im Ministerium für Inneres und Sport
des Landes Sachsen-Anhalt

Magdeburg, Juli 2017

Hinweis: Aus datenschutzrechtlichen Gründen waren personenbezogene Daten durch Namens Kürzungen zu anonymisieren, soweit nicht Personen der Zeitgeschichte.

Inhalt

Seite

Begrüßung

Guido Erbrich

Pädagogischer Leiter Roncalli-Haus Magdeburg,

Diplom-Theologe4

Grußwort

Jochen Hollmann

Leiter der Abteilung Verfassungsschutz

im Ministerium für Inneres und Sport

des Landes Sachsen-Anhalt9

„Rechtsextremismus im Netz – ein Faktor im Kontext jugendlicher Hinwendungs- und Radikalisierungsprozesse“

Sally Hohnstein

Wissenschaftliche Referentin an der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus

und Radikalisierungsprävention (AFS) am Deutschen Jugendinstitut e. V.,

Außenstelle Halle (Saale)12

„Die Identitäre Bewegung in Deutschland – aktuelle Entwicklung“

Matthias Möckel

Referatsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz20

„Wandlungsprozesse in der rechtsextremistischen Szene Sachsens vor dem Hintergrund der Zuwanderung“

Axel Heidrich

Abteilungsleiter Auswertung,

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen25

„Vom Protestphänomen zur politischen Dauererscheinung. Rechtspopulistische Parteien in (West)-Europa“

Prof. Dr. Frank Decker

Wissenschaftlicher Leiter der Bonner Akademie für Forschung und Lehre

praktischer Politik (BAPP), Institut für Politische Wirtschaft und Soziologie,

Rheinische Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn36

„Rechtsextremismus auch im Wandel in Sachsen-Anhalt?“ Ein Resümee

Dr. Hilmar Steffen

Referatsleiter Auswertung und Beschaffung Rechtsextremismus/-terrorismus

im Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt45

Impressionen48

Begrüßung

Guido Erbrich

*Pädagogischer Leiter Roncalli-Haus Magdeburg,
Diplom-Theologe*

Es gilt das gesprochene Wort !

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin sehr erfreut, Sie in meinem Hause begrüßen zu dürfen und möchte Sie kurz über die Geschichte des Roncalli-Hauses informieren.

Aufgabe von Kirche ist nicht das Verbleiben in einer kirchlichen Binnenwelt, das wäre nach Heinrich Heines Religionskritik das „Eiapopaea vom Himmel“, sondern das Bild vom Sauerteig, der das Brot durchwirkt und ihm Geschmack gibt als kirchliche Aufgabe in der Gesellschaft.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Fragestellung der heutigen Tagung auf den Rechtsextremismus angewendet, stellt sich die Haltung der Kirche wie folgt dar:

Theologisch-ethische Grundlagen einer Kritik des Rechtsextremismus

„Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi.“

Diese „Präambel“ der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ (GS) des Zweiten Vatikanischen Konzils (Hinweis Konzil) deutet auf die Verantwortungs- und Solidaritätspflichten der Kirche mit Blick auf die bedrohte Würde gerade der Benachteiligten und Ausgegrenzten sowie auf eine gerechte Gestaltung des Gemeinwesens insgesamt hin.



Von ihrem Auftrag her wenden sich die Kirchen deshalb den gesamtgesellschaftlichen Belangen ebenso zu wie den strukturschwachen Regionen, verarmenden Städten und abgehängten Dörfern, die aus dem Gesichtsfeld der großen politischen Parteien verschwunden zu sein scheinen.

Das Mandat der Kirchen ist somit keineswegs auf die binnenkirchliche Sphäre beschränkt, sondern wird überall dort und immer dann relevant, wo und wenn Menschen in ihrer Würde und leiblich-seelischen Integrität gefährdet sind.

1 Biblische Befunde

Die in der prophetischen Tradition der Kirche im Evangelium begründete „Option für die Armen und Ausgegrenzten“ lenkt den ersten Blick der Christinnen und Christen auf die Opfer von Missachtung, Hass, Gewalt und Machtmissbrauch. Im Falle des Rechtsextremismus sind dies vor allem fremde, verfolgte, leidende, obdachlose oder beeinträchtigte Menschen.

Bei Jesus stehen sie im Mittelpunkt, ja er identifiziert sich mit ihnen und macht das Verhalten ihnen gegenüber zum entscheidenden Maßstab christlicher Existenz (vgl. Mt 25, 31-46).

In dieser „Nachfolge Jesu“ sollen auch die Christinnen und Christen Partei ergreifen für die Armen, Schwachen und Benachteiligten, da diese der Liebe/Zuwendung in besonderer Weise bedürfen.

„Die Gottesebenbildlichkeit ist das, was jedem zukommt, jedem sein Gepräge gibt, mir nicht mehr, aber auch nicht weniger als irgendeinem andern. Wir gehören alle zu Gott, wir sind alle dieselben. Im Wichtigsten und Entscheidenden sind wir gleich, alle ohne Unterschied; in jedem Menschen ist das Größte. Über die Grenzen, welche die Völker und die Rassen, die Stände und die Kasten, die Kräfte und Gaben abstecken wollen, geht die Einheit und geht die Hoheit des Menschlichen. Wer immer ein anderer ist, mag er fern oder fremd oder auch feindlich zu mir stehen, er gehört zu mir, als Wesen von meinem Wesen, mit mir von Gottes wegen verbunden.“ (Baeck 1914, 11)

Dahinter stehe „der soziale Gedanke von dem einen Menschengeschlecht und dem einen Menschenrecht und nicht bloß das verfliegende Gefühl“ (ebd., 12).

Was wir dem Anderen entgegenbringen, ist kein Akt der Gnade oder des Mitleids, sondern unsere Schuldigkeit und sein Recht. „Wenn wir es ihm erweisen, so haben wir nur Gerechtigkeit geübt. Versagen wir es ihm, so haben wir ihm etwas vorenthalten, was ihm gebührt, oder wie ein Bibelwort von den alten Lehren aufgefasst wurde: ein Raub wird an ihm begangen, ein Raub an seinem Menschenrecht“ (ebd., 13).

Liebe ist also in der Bibel „kein sentimentales Gefühl“ sondern die Weisung, den Anderen mit Respekt vor dessen Würde und seinem Recht zu begegnen.

Man müsse dazu weder Ausnahmemensch sein noch religiöse Sonderleistungen erbringen. Es handele sich vielmehr um eine Alltagstugend für unseren Umgang miteinander (vgl. ebd., 62f). Das heißt, die Achtung vor der bzw. dem anderen hat praktische Konsequenzen.

Das Christentum steht in einer engen Verwandtschaft und Weggemeinschaft mit dem jüdischen Volk, auch wenn diese Wurzeln über Jahrhunderte hinweg vergessen waren und noch heute vielfach verdrängt oder sogar bestritten werden.

Die Exodus- und Fremdheitserfahrung Israels und die Gerechtigkeitsgebote gegenüber den Fremden sind deshalb auch in die Verantwortung von Christinnen und Christen gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden eingeschrieben.

2 Christlich-sozial ethische Prinzipien

Das Prinzip der menschlichen Fundamentalgleichheit ist ebenso für den bundesdeutschen Verfassungsstaat konstitutiv, wie für das Christentum. Es wurzelt in der absolut gleichen Menschenwürde jedes Menschen als Bild Gottes, die keinerlei Nuancierungen oder Abstufungen – etwa im Sinne rassistischer, sozialdarwinistischer, sexistischer oder kultur-ethnozentristischer Auffassungen – zulässt.

Rassismus und Christentum schließen sich deshalb kategorisch aus; was bedauerlicherweise nicht ausschließt, dass im Namen des Christentums oder innerhalb christlicher Kirchen immer wieder rassistisch, sozialdarwinistisch, sexistisch oder kultur-ethnozentrisch gedacht und gehandelt wurde und wird.

Die Achtung der mit dem Menschsein gegebenen, gleichen, unantastbaren und unabwägbaren Würde jeder menschlichen Person ist der Ausgangspunkt christlich-sozialethischen Denkens (Personprinzip). Jeder Mensch ist aber angewiesen auf und eingebunden in eine menschliche Gemeinschaft, die erst die volle personale Entfaltung ermöglicht.

Deshalb beinhaltet das Prinzip des Gemeinwohls eine Verpflichtung für Christinnen und Christen, den gesellschaftlichen Rahmen so zu gestalten, dass die Einzelnen sich darin möglichst gut entwickeln können.

3 Menschenrechte

Die auf der Menschenwürde aufruhenden Menschenrechte sind als angeborene, d. h. nicht von einer Verleihung abhängige, fundamentale Rechte unteilbar und universell gültig. Zur Idee der Menschenrechte gehört auch die anthropologische Einsicht, dass Menschen schutzbedürftig,

schutzwürdig und schutzfähig sind. Daraus folgt die Kritik an solchen Verhältnissen, in denen der aus der Würde des Menschen folgende Achtungsanspruch nicht gewährleistet wird.

Anerkennung von Menschenrechten bedeutet gleichzeitig die Pflicht jedes Einzelnen, wenn immer möglich, für das Recht der Anderen einzutreten und deren Freiheit und Rechtsansprüche als Grenzen der eigenen Handlungsfreiheit anzuerkennen.

Zur ethischen Grundüberzeugung freiheitlich-demokratischer Gesellschaften gehört es, dass mit den Menschenrechten Anderer auch die eigenen Rechte verteidigt werden.

Die Achtung, Durchsetzung und Förderung von Menschenrechten kann der Staat nicht allein garantieren oder bewältigen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist er notwendig auf zivilgesellschaftliche Unterstützung angewiesen und damit auch auf das Engagement der Kirchen, Gemeinden sowie der einzelnen Christinnen und Christen auf allen relevanten Handlungsebenen.

Wenn sich die Kirche und damit alle Christinnen und Christen diesen grundlegenden Rechten des Menschen verbunden wissen, dann haben sie auch die Pflicht, bei der Anerkennung, dem Schutz und der Durchsetzung dieser Rechte mitzuwirken.

Die Entstehung der universalen Menschenrechte und ihre völkerrechtliche Kodifizierung nach 1945 beruht nicht zuletzt auf den Erfahrungen des Hasses und der millionenfachen Verletzung und Vernichtung menschlichen Lebens durch den Nationalsozialismus.

Die christlichen Kirchen haben dessen Entstehung und Etablierung nicht nur nicht hinreichend behindert, sondern in mancher Hinsicht sogar unterstützt.

Die Geschichte der Kirchen ist deshalb auch eine Geschichte der nicht erfüllten Verantwortung gegenüber den verletzbaren „Anderen“. Insofern besteht auch aus einer historisch-kritischen Pers-

pektive eine Verpflichtung zum Engagement gegen rechtsextreme und neonazistische Phänomene.

4 „Kirche für andere“ – die Verantwortung von Christinnen und Christen im Kampf gegen den Rechtsextremismus

„Die Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist (...). Sie muss an den weltlichen Aufgaben des menschlichen Gemeinschaftslebens teilnehmen, nicht herrschend, sondern helfend und dienend.“ (Bonhoeffer 1980, 193)

Dieses bekannte Diktum Bonhoeffers gilt nicht nur für die Institution Kirche, sondern auch für die einzelnen Christinnen und Christen in ihren jeweiligen religiösen und politischen Gemeinschaften.

Kirche muss sich deshalb am Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppen beteiligen und sich zusammen mit ihnen aktiv in die Willensbildung und in Prozesse zur Lösung der sozialen Probleme einbringen.

Die subkulturelle Ausbreitung des Rechtsextremismus, die von ihm ausgehende Missachtung der Menschenwürde und seine Verletzung von Menschenrechten ist ein Ernstfall, angesichts dessen Kirchen und christliche Ethik ihrer Pflicht zur solidarischen Verantwortung deutlich stärker als bisher nachkommen müssen.

Besonders die gegenläufigen Erfahrungen von Menschenfeindlichkeit, Menschenrechtsverletzungen, Unrecht und Unterdrückung fordern sie als verantwortlich Handelnde heraus.

„Das leidenschaftliche Ankämpfen gegen Armut und Hunger, Krankheit und Entrechtung sowie das Bemühen um ‚humanere Lebensbedingungen‘ (...) ist christliche Pflicht. Voreiliges Resignieren wäre keine Ergebung in den Willen Gottes, sondern schwächliches Versagen“; so die Deutschen Bischöfe in ihrem Schreiben über die Kirche in der pluralistischen Gesellschaft und im demokratischen Staat der Gegenwart (DBK 1969, Nr. 7).

Christinnen und Christen können sich auch aus ihrer biblisch-prophetischen Tradition und in der Hoffnung auf Befreiung und Auferstehung als „Protestleute gegen den Tod“ (Christoph Blumhardt) verstehen.

Denn Tod bedeutet immer auch Abbruch sozialer Kommunikation und ist häufig das Resultat von Ungerechtigkeit, Hass und Schweigen. Wo soziale Kommunikation, Solidarität und Gemeinwohlorientierung erodieren, breitet sich ein Klima von Menschenfeindlichkeit und Hass auf das Fremde im Eigenen und im Anderen aus. Demgegenüber dürfen Christinnen und Christen nicht gleichgültig sein.

4.1 Diakonie und (Menschenrechts-) Bildung

Kommunen und Regionen, in denen Perspektivlosigkeit herrscht, in denen das Einsickern von Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremen Einstellungen droht oder bereits geschieht und in denen sich Menschen anderer Hautfarbe nicht mehr sicher fühlen können, sind herausgehobene Orte diakonalen und pastoralen Handelns der Kirche und ihrer Mitglieder.

Diakonales Handeln angesichts des Rechtsextremismus ist vielgestaltig. Es begegnet uns in der Migrationsarbeit, der Opferhilfe, aber auch in der Unterstützung des (Wieder-)Aufbaus demokratischer zivilgesellschaftlicher Strukturen.

Ein weiterer, entscheidender Aspekt des Engagements der Kirche gegen den Rechtsextremismus ist die Arbeit mit gefährdeten Jugendlichen, die in die rechtsextreme Szene abzurutschen drohen oder bereits darin verstrickt sind.

Daneben sind die Kindertagesstätten und Schulen ein weiteres Bewährungsfeld christlichen Engagements, besonders wenn es sich um Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft handelt. Ihnen kommt eine große Bedeutung bei der Prävention gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit zu.

4.2 Soziale Desintegration bekämpfen

Islamfeindliche Einstellungen sowie die Einforderung von Etabliertenrechten haben in der deutschen Bevölkerung, und das heißt auch und vor allem in der politischen Mitte, zugenommen (vgl. Heitmeyer/Hüpping 2006, 13).

Eine an der Beteiligungsgerechtigkeit ausgerichtete Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik gehört also zum Portfolio jeder Politik gegen den Rechtsextremismus.

An dieser Stelle wird auch die Integrationsdebatte berührt, denn von sozialem Ausschluss, Armut und Desintegration sind in besonders hohem Maße Migrantinnen und Migranten betroffen.

Sie sind häufig einer doppelten Gefährdung ausgesetzt: zum einen durch mangelnde Bildungsangebote, Einkommensarmut und schlechtere gesundheitliche Versorgung, zum anderen dadurch, dass sie für die fehlende soziale Integration in die Gesellschaft und für deren Folgen verantwortlich gemacht werden.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus und das Eintreten für eine verbesserte soziale Integration von Migrantinnen und Migranten hängen also zusammen. Politik, Kirchen und andere gesellschaftliche Gruppen sollten deshalb nicht darin nachlassen, Antworten auf die „Soziale Frage“ zu finden.

4.3 Schutz der Fremden

Der Kampf gegen Rechtsextremismus beinhaltet ein unmissverständliches „Ja“ zum Schutz der „Fremden“.

Dazu gehören die Förderung einer menschenrechtsorientierten Migrations- und Integrationspolitik und ein effektiverer Schutz besonders verletzlicher Flüchtlingsgruppen (Familien, alte, traumatisierte, minderjährige Flüchtlinge etc.).

Dazu gehört aber auch, Opferinitiativen und lokale Beratungsteams zu unterstützen, sowohl durch

bundes- und landespolitische Förderprogramme wie auch und vor allem durch kommunalpolitische Strategien der Vernetzung und Förderung von Unterstützungsprogrammen für Opfer von rechtsextremem Gewalt.

4.4 Christinnen und Christen in politischer Verantwortung

Ein wesentlicher Grund für die „Normalisierung“ demokratie- und fremdenfeindlicher Einstellungen liegt in der Verdunstung demokratischer Streitkultur und des zivilgesellschaftlichen Engagements auf der Ebene von Gemeinwesen.

Für das Problem des Rechtsextremismus ist es in besonderer Weise problematisch, wenn nicht nur Bürgerinnen und Bürger, sondern auch Verantwortungsträger in Politik und Verwaltung bei der Entwicklung und Durchsetzung von Gegenstrategien versagen.

Der Rückzug des Staates wirkt insbesondere hier dramatisch, weil rechtsextreme Gruppen (wie oben ausgeführt) die „Lücken“ in der Angebotsstruktur von Bildung und Freizeit für Infiltration und Propaganda nutzen.

Das politische Klima in den Gemeinwesen und Kommunen und das Selbstverständnis ihrer Akteure entscheiden wesentlich darüber mit, ob rechtsextreme Gruppen Fuß fassen können oder nicht.

Für Christinnen und Christen sind deshalb auch die Kommunen Bewährungsfelder ihres Glaubens, denn dort können sie als Bürger, als Politikerinnen und Politiker oder Verwaltungsangestellte wie auch als Mitglieder einer Kirchengemeinde dabei helfen, dass das lokale Gemeinwesen (wieder) zu einem Ort identitätsstabilisierender Integrationserfahrungen wird (vgl. Schellenberg 2006).

Diese Aufgaben können sie nur im gemeinschaftlichen Handeln mit anderen zivilgesellschaftlichen Kräften angehen.

Besondere Verantwortung kommt dabei jenen Christinnen und Christen zu, die als (gewählte) Politikerinnen bzw. Politiker maßgeblich diese „Strukturen des Weltlebens“ mitgestalten.

Von daher sind sie nicht erst als besonders politisch verantwortliche Staatsbürger, sondern schon als Christen zur Gegenwehr gegenüber dem Rechtsextremismus verpflichtet.

5 Ergebnis

Die biblische Botschaft sowie das Selbstverständnis der Kirchen, schließen eine Gleichgültigkeit gegenüber oder gar eine (sei es noch so schwache) Sympathie mit rechtsextremen Positionen kategorisch aus. Mehr noch folgt aus den voranstehenden Überlegungen: der Widerstand gegen Rechtsextremismus ist Christenpflicht!

Quelle:

Widerstand gegen Rechtsextremismus – eine Christenpflicht.

Klärungen und Argumente aus theologisch-ethischer Perspektive

Arbeitspapiere des ICEP 3/2009, S. 1-19. ISSN: 1860-5850

Berliner Institut für christliche Ethik und Politik zitiert nach Stefan Kurzke-Maasmeier, Andreas Lienkamp, Andreas Lob-Hüdepohl:

http://www.bagkr.de/wp-content/uploads/ICEP2009_Widerstand.Rex_.pdf

Grußwort

Jochen Hollmann

*Leiter der Abteilung Verfassungsschutz
im Ministerium für Inneres und Sport
des Landes Sachsen-Anhalt*

Es gilt das gesprochene Wort!



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, dass Sie sich so zahlreich nach Magdeburg auf den Weg gemacht haben. In das Land der ehemaligen Frühaufsteher – so das langjährige Landesmotto –, das sich nun „Ursprungsland der Reformation“ nennt. Und dann tagen wir auch noch in einer katholischen Liegenschaft. Wenn das keine guten Auftaktzeichen sind ...

Mein besonderer Dank richtet sich deswegen zunächst einmal an den Pädagogischen Leiter dieses Hauses, Herrn Erbrich, dass wir hier diese Tagung durchführen dürfen.

Ich freue mich, dass so viele Bedienstete aus der Landesverwaltung und auch aus den benachbarten und weiter entfernten Bundesländern erschienen sind. Zunächst begrüße ich den Abgeordneten Herrn Höse.

Stellvertretend für die Staatsanwälte und weitere Bedienstete der Justiz begrüße ich Herrn Generalstaatsanwalt Konrad.

Stellvertretend für die Kolleginnen und Kollegen der Verfassungsschutzämter aus den Ländern Berlin, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein und natürlich meines Amtes, begrüße ich den Vizepräsidenten des Thüringer Verfassungsschutzes, Herrn Derichs. Ich freue mich, dass neben vielen Polizeibeamten und Vertretern Freier Träger sowie zivilgesellschaftlicher Akteure auch der Oberbürgermeister von Halberstadt, Herr Henke, unter uns weilt. Herzlich Willkommen.

Weiter begrüße ich Herrn Dr. Bettecken vom MDR, der die Moderation am heutigen Tag durchführen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Kernanliegen dieser Tagung ist es, die interessierte Fachöffentlichkeit über aktuelle Entwicklungen im Spektrum rechtsextremistischer Parteien und Bewegungen zu informieren und Rekrutierungs- und Gefahrenpotenziale aufzuzeigen.

Das rechtsextremistische Spektrum hat sich modernisiert und passt sich thematisch und kommunikativ gesellschaftlichen Entwicklungen an. Die rechtsextremistische Szene in Deutschland unterstreicht mit der Neugründung von Parteien wie „DIE RECHTE“ und „Der III. Weg“ die Fähigkeit, junge Menschen wieder fester an Parteistrukturen zu binden.

Zu diesem Themenkomplex begrüße ich ganz herzlich als Referenten aus der Praxis Herrn Matthias Möckel, Referatsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz, Herrn Axel Heidrich, Abteilungsleiter Auswertung im Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen sowie Herrn Dr. Hilmar Steffen, Referatsleiter Auswertung und Beschaffung Rechtsextremismus/-terrorismus, aus meinem Hause, die insbesondere zu den aktuellen Entwicklungen der „Identitären Bewegung in Deutschland“ und zu den Parteien „Die Rechte“ und „Der III. Weg“ ausführen werden.

Im Bestreben, die eigenen propagandistischen Aktivitäten zeitgemäß umzusetzen, beschreiten Rechtsextremisten zunehmend neue Wege, um ihre antidemokratischen Ziele zu erreichen. Dies geschieht vor allem durch die Nutzung neuer Medien. Im heutigen Medienzeitalter haben fast alle Rechtsextremisten ihren Platz in der multimedialen Welt eingenommen. Auftritt und Erscheinung haben sich entsprechend geändert. Es ist damit zu rechnen, dass Aktionsformen der rechtsextremistischen Szene weiter in den virtuellen Raum verlagert und jugendadäquater gestaltet werden.

Zur Frage, welche Rolle das Internet für jugendliche Radikalisierungsprozesse spielt, darf ich Frau Sally Hohnstein, wissenschaftliche Referentin an der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention am Deutschen Jugendinstitut e. V. in Halle (Saale) herzlich begrüßen. Sie wird uns aus wissenschaftlicher Perspektive diesen Themenkomplex nahe bringen.

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind in Europa heute längst politische Realität. Bei den Europawahlen 2014 wurde der „Front National“ in Frankreich mit 25 Prozent die stärkste Partei. Bei den Parlamentswahlen 2015 in Dänemark brachte es die „Dänische Volkspartei“ auf 21,2 Prozent, somit auf Platz 2 und in Österreich nahm die „Freiheitliche Partei Österreichs“ mit 20,5 Prozent den Platz 3 der Parteien bei den nationalen Wahlen im gleichen Jahr ein. Diese drei Ergebnisse stehen für eine europaweite Entwicklung.

„Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa“ – dazu begrüße ich recht herzlich Herrn Prof. Dr. Frank Decker, wissenschaftlicher Leiter der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik, der aber erst gegen Mittag zu uns stoßen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die in Parteien organisierte rechtsextremistische Szene besitzt wegen der aktiven Teilnahme an der politischen Willensbildung eine höhere Wirkungskraft auf die Gesellschaft als andere Szenen. Gerade der parteigebundene Rechtsextremismus

erfuhr mit den Neugründungen der Parteien „DIE RECHTE“ im Jahr 2012 und „Der III. Weg“ im Jahr 2013 eine Belebung und Zulauf aus der Szene.

Gleichzeitig unterstreichen rechtsextremistische Akteure über Gruppenbezeichnungen wie „Brigaden“, „Divisionen“, „Kampfbündnisse“ oder „Aktionsgruppen“ ihre Handlungsbereitschaft und geben damit einen Hinweis auf deren Gewaltbereitschaft und Militanz.

Die Jahre 2015 und 2016 waren geprägt von fremdenfeindlichen Übergriffen auf Flüchtlings- und Asylbewerberunterkünfte und deren Bewohner. Diese Entwicklung reicht bis zum heutigen Tage.

Die Sicherheitsbehörden stehen also nach wie vor – ebenso wie die gesamte Gesellschaft – vor großen Herausforderungen im Kontext der Asyl- und Flüchtlingssituation und daraus resultierender bzw. darauf reagierender rechtsextremistischer Agitation und Aktion. Das Thema wird die Gesellschaft und die Sicherheitsbehörden auf lange Sicht weiter beschäftigen.

Der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus als ideologische Kernelemente des Rechtsextremismus in Deutschland müssen sich der demokratische Verfassungsstaat und die demokratische Gesellschaft in allen politischen Ebenen stellen.

Deshalb halte ich unsere heutige Fachtagung im Hinblick auf die aktuelle Information und den umfassenden Erfahrungsaustausch mit den in der Praxis unmittelbar befassten Experten für sehr wichtig. Ich hoffe, dass sie uns interessante und praxisnahe Einblicke sowie neue Denkanstöße gewähren werden.

Auch wenn dieser Begriff heute noch nicht gefallen ist, so ist es doch seit Wochen fast täglich gegenwärtig. Das ist der Begriff „Reichsbürger“. Hierzu haben wir und andere Verfassungsschutzbehörden schon eine Vielzahl von Veranstaltungen durchgeführt. Das Thema scheint aktueller denn je zu sein. Kann aber heute wohl allenfalls nur am Rande gestreift werden.

Im diesem Sinne, meine Damen, meine Herren, wünsche ich uns einen gehaltvollen, informativen und bereichernden Tag und hoffe, dass diese Fachtagung die weitere Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus im Land befördert und Sie das Gehörte in Ihre tägliche Arbeit einfließen lassen können.

„Rechtsextremismus im Netz – ein Faktor im Kontext jugendlicher Hinwendungs- und Radikalisierungsprozesse“

Sally Hohnstein

*Wissenschaftliche Referentin
an der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus
und Radikalisierungsprävention (AFS)
am Deutschen Jugendinstitut e. V.,
Außenstelle Halle (Saale)*

Es gilt das gesprochene Wort!





Rechtsextremismus und Neue Medien

Zur Rolle Neuer Medien im Kontext jugendlicher Hinwendungs- und Radikalisierungsprozesse

Sally Hohnstein, Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention, DJI Halle (Saale)

Vortrag im Rahmen der Fachtagung „Neue Strömungen im Rechtsextremismus/Parteien und Neue Rechte“ am 3. November 2016 in Magdeburg
Für die Tagungsdokumentation nachträglich ergänzte Folienpräsentation

Grundannahmen

Für die Hinwendung zum Rechtsextremismus erweisen sich eine Reihe von Faktoren als bedeutsam, z.B.:

- Risikofaktoren (z.B. frühe familiäre Belastungen, geringe formale Bildung, Gewaltaffinität, Krisenerfahrungen)
- diverse politische sowie nicht-politische Motivlagen
- Gelegenheitsstrukturen

Vor dem Hintergrund mediatisierter jugendlicher Lebenswelten sind Neue Medien ein möglicher Faktor unter mehreren, die Hinwendungs- und Radikalisierungsprozesse begünstigen können.

2

Analyseebenen

Um die Frage zu diskutieren, inwieweit Neue Medien die Hinwendung junger Menschen zum Rechtsextremismus begünstigen können, müssen zwei Analyseebenen voneinander getrennt werden:

- 1) **Neue Medien als Vertriebsstruktur rechtsextremer Inhalte**
 - > Was macht die Attraktivität rechtsextremer Inhalte im Einzelfall aus?
 - > Welche Effekte haben rechtsextreme Medieninhalte auf Rezipient*innen?
- 2) **Neue Medien als sozialer Interaktionsraum**
 - > Was macht die Attraktivität dieses Handlungsraums aus?
 - > Wie prägen der mediale Kontext und seine Strukturen soziales Handeln?

3

1) Rechtsextreme Inhalte in Neuen Medien - Attraktivität und „Wirkungen“ -

4

Attraktivität und „Wirkungen“

2 unterschiedliche Forschungsperspektiven der Medienwissenschaft (mit unterschiedlichen Fragestellungen)

- **Attraktivität**
 - Attraktivität als Gegenstand der Mediennutzungsforschung:
 - Frage nach Motivationen und Bedürfnissen der Nutzer*innen
 - Welche Bedürfnisse und Motive sind ausschlaggebend dafür, dass sich junge, aber auch erwachsene Menschen rechtsextremen Inhalten im Netz zuwenden?
- **„Wirkungen“**
 - In der Diskussion werden Wirkungen und Wirkpotenziale nicht immer präzise voneinander getrennt!
 - **Wirkungen** als Gegenstand der Medienwirkungsforschung
 - Frage nach den Effekten der Rezeption von Medieninhalten auf die Rezipient*innen
 - Wie wirken rechtsextreme Angebote in Neuen Medien?
 - in der Regel keine Messung von Langzeitwirkungen!
 - **Wirkpotenziale** als Schlussfolgerungen auf der Basis von Medieninhaltsanalysen
 - zwar plausible, aber nicht empirisch belegte Annahmen über mögliche Wirkungen

5

Attraktivität

- **“Stormfront Is Like a Second Home to Me”**: Studie von de Koster/Houtman 2008
(Nutzer*innen eines niederländischen rechtsextremen Internetforums wurden zu ihren Nutzungsmotiven befragt):
 - Befund u.a.: *Nutzungsmotive sind sowohl politisch als auch nicht-politisch*

These:

Die Hinwendung Jugendlicher zum Rechtsextremismus basiert – online ebenso wie offline – auf spezifischen Lebenserfahrungen und realen Bedürfnissen.

6

Wirkpotenziale

- **Subtile, implizite und versteckte Verbreitung von Inhalten (Daniels 2008)**
- **Unterbreitung sozialer Angebote (Glaser/Schneider 2012)**
 - Identifikationsangebote (z.B. klare Rollenbilder)
 - Gemeinschaftserlebnisse
- **Jugendkulturelle Angebote (Glaser/Schneider 2012)**
 - Musik als jugendkulturelles Angebot
 - Aktionen
 - Inszenierung jugendlichen Protests

7

Jugendkulturelle Kommunikation im Netz:

Beispiele von der Facebook-Seite der halleschen Identitären („Kontrakultur Halle“)

Flugblatt der IB, verteilt während der Immatrikulationsfeier der Martin-Luther-Universität Halle [Hervorhebungen durch die Verf.]

„Student sein hat immer *freies Denken*, *Bewegung* und *Protest* bedeutet. Die Linken aber haben nichts Neues mehr zu sagen. Ihre *langweiligen Ideen* sind von *gestern*. Die neue *patriotische Protestgeneration* heißt *Identitäre Bewegung*. *Wir sind die Jugend* ohne Migrationshintergrund...“.

Banneraktion der IB zur „Stop den Austausch“-Kampagne



8

Stencil-Aktion der IB in Halle auf der Leipziger Strasse: „Geht nach Hause!“



Anmerkung eines Tagungsteilnehmers: der hier gewählte arabische Begriff für „zu Hause“ ist ethnisch-kulturell konnotiert und bezieht sich auf den „arabischen Kulturraum“.

9

DJI
Das ist das
neue Deutschland



Identitärer Rap
Komplott: Europa (<https://youtu.be/nmPGquKbixY>)

10

DJI
Das ist das
neue Deutschland

Wirkungen

Rechtsextreme Medieninhalte stoßen nicht per se auf Zustimmung beim Publikum, sondern es bedarf individueller Vorprägungen und Affinitäten.

Rieger et al. 2013 (Studie im Auftrag des BKA):

- Rechtsextreme Filme rufen bei nicht-rechtsextrem orientierten Jugendlichen im Allgemeinen mehr oder weniger starke Ablehnung hervor.
- Positivere Bewertung von extremistischen Videos bei
 - höherer Gewaltakzeptanz
 - rechtsorientierter politischer Einstellung
 - autoritäre Persönlichkeitsstruktur* hat Einfluss auf die positivere Bewertung extremistischer Videos

*Persönlichkeitsmuster, das durch eine Affinität zu autoritär-faschistischen politischen Lösungen gekennzeichnet ist

11

2) Neue Medien als hinwendungs- und radikalisierungsfördernder Kontext

12

Mehr Gelegenheiten für Erstkontakte wie auch für soziale und inhaltliche Annäherungen

- In digitalen Medien finden junge Menschen niedragschwellige Möglichkeiten der Kontaktaufnahme und Zugänge zu rechtsextremen Inhalten.
- Jugendliche werden für rechtsextreme Akteure leichter identifizierbar und ansprechbar.

Förderung von Hinwendungs- und Radikalisierungsprozessen durch die Verstärkung von Gruppenprozessen

- Förderung von Polarisierungsprozessen durch Strukturen von Webanwendungen, die argumentative Auseinandersetzung erschweren bzw. verunmöglichen (Bsp. 140 Zeichen bei Twitter)

13

- **Bestärkung von Positionen in Resonanzräumen (Echo Chambers) – alternative Perspektiven sind weniger zugänglich**
- **Einschränkung des Wahrnehmungsbereichs durch Filter-Algorithmen**
 - ❖ Bsp.: *Googles* personalisierte Suche; zumindest teilweise durch das Nutzer*innenverhalten vorstrukturierte News Boards bei *Facebook*
- **Online-Enthemmung**
 - ❖ aufgrund von Netzanonymität (durch Unsichtbarkeit der realen Personen und Ungleichzeitigkeiten in der Kommunikation) sowie im Zuge sozialer Prozesse
 - ❖ offenere Artikulation rechtsextremer Positionen, Annäherung an extremistische Akteure

Rückkopplungseffekte (z.B. durch Habitualisierung) möglich?

14

Literatur

- Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention (2016):
Expertenfachgespräch „Politische Extremismen im Netz – Herausforderungen für die Jugendhilfe“ – erste Ergebnisse. Halle (Saale).
- Boehnke, Klaus/Odağ, Özen/Leiser, Anne (2015): Neue Medien und politischer Extremismus im Jugendalter: Die Bedeutung von Internet und Social Media für jugendliche Hinwendungs- und Radikalisierungsprozesse. Stand der Forschung und zentrale Erkenntnisse themenrelevanter Forschungsdisziplinen aus ausgewählten Ländern. Expertise im Auftrag des DJI. Unveröffentlichtes Manuskript. Halle (Saale): DJI.
- de Koster, Willem/Houtman, Dick (2008): Stormfront Is Like a Second Home to Me: On Virtual Community Formation by Right-Wing Extremists. In: *Information, Communication & Society* 8, S. 1153–1175.
- Glaser, Stefan/Schneider, Christiane (2012): Zielgruppe Jugend: Rechtsextreme im Social Web. In: *ApuZ* 62. Jg., S. 39–46.
- Rieger, Diana/Frischlich, Lena/Bente, Gary (2013): Propaganda 2.0 – Psychological Effects of Right-Wing and Islamic Extremist Internet Videos. *Polizei + Forschung*, Bd. 44. Köln: Luchterhand.

15

„Die Identitäre Bewegung in Deutschland – aktuelle Entwicklung“

Matthias Möckel

Referatsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz

Es gilt das gesprochene Wort!

1. Entstehung

Die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) ist dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) seit Oktober 2012 bekannt.

Ausgangspunkt war hierbei die Gründung einer Organisationsseite im sozialen Netzwerk Facebook unter dem gleichen Namen in der Nacht vom 10. zum 11. Oktober 2012. Laut Selbstbeschreibung versteht sich die Organisation als deutschen Ableger der französischen Bewegung „Génération Identitaire“ und veröffentlichte zur Gründung und zur Selbstbeschreibung ein mit deutschen Untertiteln versehenes Video der französischen Bewegung. Bei dieser handelt es sich um eine im Jahr 2003 gegründete Organisation aus dem Spektrum der sog. „Neuen Rechten“, die sich durch islam- und fremdenfeindliche sowie teils rassistische und nationalistische Positionen auszeichnet und wiederholt durch öffentlichkeitswirksame Aktionen wie „Flashmobs“ bzw. Formen des zivilen Ungehorsams in Frankreich in Erscheinung getreten ist.

Bei der IBD handelte es sich zunächst hauptsächlich um eine virtuelle Organisation, die ihre Ziele, geplante Aktivitäten, Videos, Fotos und Nachrichten an die Unterstützer lediglich über Facebook verbreitete. Die User konnten dort auch ihre Meinung posten und diskutieren. Schnell wurde allerdings das Ziel formuliert, auch in der Realwelt mit verschiedenen Aktionen aufzutreten. Im Juni

2014 erfolgte dann die Gründung des Vereins „Identitäre Bewegung e. V.“ Zu Beginn erfolgten nur wenige kleinere Aktionen der Anhänger der IBD in der Realwelt. Zumeist handelte es sich dabei um Kreidezeichnungen des Lambda-Kreises (Erkennungszeichen der Gruppierung) auf Gehwegen oder Wänden. Die Anhänger folgten dem Aufruf der IBD Gründer, Fotos solcher Aktionen auf Facebook zu veröffentlichen. Mittlerweile verfügt die Organisation über eine große Bandbreite an Aktionsformen in der Öffentlichkeit. Teilweise gelangen den Aktivisten spektakuläre Aktionen wie die Besetzung des Brandenburger Tores am 27. August 2016 (s. u.).

2. Internetauftritte der IBD

Aktuell verfügt die IBD über eine weite Bandbreite an Internetauftritten auf eigenen Webseiten, Twitter-, YouTube- und Instagram-Accounts, Blogs und in diversen sozialen Netzwerken, wobei noch immer Facebook den Schwerpunkt, vor allem für die Öffentlichkeitsarbeit, darstellt.

Facebook:

Die Haupt-Facebook-Seite der IBD verzeichnet mehr als 40.000 „Likes“; die 15 Seiten der regionalen Gruppen zwischen 800 und über 8000. Dazu existieren über 30 regionale/lokale Seiten der IBD mit unterschiedlicher Aktivität, Aktualität und Resonanz. Vor allem die lokalen Facebook-Seiten unterliegen häufigen Abschaltungen und Wechseln.

Webseiten:

Auf der Homepage www.identitaere-bewegung.de sind die wichtigsten Informationen zur IBD zusammengestellt. Dazu gehört die Kategorie „Wer wir sind“ mit den Unterkategorien Meldungen, Idee und Tat, Struktur, Termine, Presse und Fördern, der „Versand“, Informationen zur „Identitären Generation“, zum „Austausch“ und zur „Presse“.

Die Seite www.deraustausch.de stellt die Webseite zu der seit Mai 2015 laufenden Kampagne „Der große Austausch“ dar, die auf die Gefahren des angeblichen Austausches der einheimischen Bevölkerung durch unkontrollierte Masseneinwanderung aufmerksam machen möchte. Die Seite ist zurzeit nicht erreichbar.

Der Versandhandel der IBD, durch den man IB-Bekleidung, Fahnen, Aufkleber, Flugblätter etc. beziehen kann, findet sich unter der Adresse www.ibladen.de.

Twitter

Der Haupt-Twitter Account @IBDeutschland ist ähnlich aufgebaut wie die Facebookseite, verfügt mit knapp 5000 Followern allerdings nicht über eine ähnlich große Verbreitung und ist nicht immer tagesaktuell.

3. Struktur

Die Struktur und Gliederung der IBD lassen sich vornehmlich aus den verschiedenen Facebook-Gruppen sowie der Übersicht auf der Internetseite der IBD ableiten. Hiernach existieren neben der personellen Leitungsebene folgende 15 Regionalgruppen, die zum Teil nicht den Bundesländern entsprechen: Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Niedersachsen, Berlin-Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Westfalen, Rheinland, Hessen, Pfalz, Franken, Baden, Schwaben, Bayern. Dazu kommen zahlreiche Gruppen auf lokaler Ebene.

4. Vorsitzende der IBD

Bei dem aktuellen Vorsitzenden der IBD handelt es sich um Nils Altmieks, der bereits zur IBD-Vergründung im Jahr 2014 als Vorsitzender der Organisation eingetragen wurde. Bei dem stellvertretenden Vorsitzenden, der erst dieses Jahr ernannt wurde, handelt es sich um Herrn Z.

5. Personenpotenzial

Die IBD verfügt über etwa 300 Mitglieder, von denen jedoch nur eine Minderheit mit einiger Regelmäßigkeit an öffentlichen Aktionen teilnimmt. Mehrheitlich handelt es sich um Fördermitglieder, die lediglich Mitgliedsbeiträge entrichten.

6. Herausragende Aktionen der IBD 2016

Besetzung des Brandenburger Tores am 27. August

Eine besonders medienwirksame Aktion des Jahres 2016 stellt die „Besetzung“ des Brandenburger Tors in Berlin am 27. August dar. Dabei gelangten 12 Aktivisten der IBD über eine Treppe und mit Hilfe mitgebrachter Leitern auf das Brandenburger Tor. Dort befestigten die Demonstranten drei Transparente mit den Aufschriften „*Identitäre Bewegung*“, „*Grenzen sichern – sichere Zukunft*“ und „*Grenzen schützen – Leben retten*“. Weiterhin wurden die Fahnen der IBD geschwenkt und Pyrotechnik abgebrannt. Eine polizeiliche Aufforderung, das Brandenburger Tor zu verlassen, wurde erst nach Androhung von Zwangsmaßnahmen befolgt. Die Polizei beschlagnahmte die Transparente, fertigte mehrere Strafanzeigen (Hausfriedensbruch, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz) und führte 17 freiheitsbeschränkende Maßnahmen durch. Ein Video und Fotos der Aktion wurden auf zahlreichen Internetpräsenzen der IBD veröffentlicht. Auf der Facebook-Seite fanden sich zügig 500 fast ausschließlich positive Kommentare zu der Aktion. Am selben Tag konnte die Seite mehr als 5.000 neue „Likes“ verzeichnen.

Störung einer Diskussion am 12. September im Maxim-Gorki-Theater in Berlin

Am 12. September stürten Mitglieder der IBD eine Diskussion zwischen der ehemaligen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) Margot Käßmann und dem Journalisten Jakob Augstein im Maxim-Gorki-Theater in Berlin. Bei der Veranstaltung handelt es sich um ein politisches Diskussionsformat zwischen Augstein und einem Gast unter dem Titel „radioeins und Freitag Salon“, das regelmäßig live im RBBRadio übertragen wird. Die rund 20 im Publikum verteilten Aktivisten der IBD unterbrachen die Diskussion, indem sie den Schriftzug „IHR SEID HEUCHLER“ auf Papptafeln zeigten und gleichzeitig „Augstein, Käßmann, hört gut her – Die Zukunft wird identitär“ skandierten, noch während des Verlassens des Saales „Europa – Jugend– Reconquista“ riefen und eine Fahne mit Lambda-Symbol zeigten. Die Aktion, die wenige Minuten dauerte, wurde von Mitgliedern der IBD gefilmt und nach technischer Bearbeitung (Schnitte, Unterlegung mit Musik) auf der Facebook-Seite der IBD verbreitet. Der Protest sollte sich gegen die „Einwanderungsbefürworter“ und „typische[n] Vertreter des linksliberalen Establishments“ Augstein und Käßmann richten und gleichzeitig auf „illegale Masseneinwanderung und die schleichende Islamisierung Deutschlands“ aufmerksam machen. Das Video weist auf Facebook mittlerweile über 50.000 Aufrufe auf. Die Aktion wurde als „Ästhetische Intervention Nummer 1“ bezeichnet.

7. Ideologische Selbsteinordnung

Bislang hat die IBD keine umfassende und in sich geschlossene Theorie vorgelegt und es dabei belassen, im Internet eine mit „Wer wir sind“ überschriebene Selbstdarstellung sowie einige weitere Positionspapiere recht überschaubaren Umfangs zu veröffentlichen. Dieser theoretische Minimalismus ist Absicht der IBD, was von Martin Sellner, Co-Leiter der „Identitären Bewegung Österreich“, mit „Die IB legt sich nicht unnötig fest“ kommentiert wurde.

Die IBD bezeichnet sich selbst als „*metapolitischen und aktionistischen Arm der ‚Neuen Rechten‘*“, also eine Organisation, die auch im vorpolitischen und kulturellen Raum tätig werden möchte. Die Bewegung der sog. „Neuen Rechten“ hat ihre Ursprünge in Frankreich, wo sich unter dem Begriff „Nouvelle Droite“ in den 60er und 70er Jahren französische „rechte“ und rechtsextremistische Autoren in Theoriezirkeln zusammenfanden, um die Erfolglosigkeit der traditionellen rechtsextremistischen Organisationen durch eine Reformierung von „rechter“ Ideologie und Strategie zu durchbrechen. Der Begriff „Neue Rechte“ umfasst unterschiedliche Strömungen und ist nicht einheitlich definiert. Es kann sich um Positionen von rechtskonservativen bis rechtsextremistischen Anschauungen handeln. Der Verfassungsschutz arbeitet nicht mit diesem Begriff.

Die IBD orientiert sich eindeutig an der „Konservativen Revolution“ und an bestehenden rechtsintellektuellen Kreisen. Der von Armin Mohler eingeführte Begriff der „Konservativen Revolution“ bezeichnet eine Gruppe ideologischer Strömungen und der sie tragenden Akteure, die sich im Kontext der Weimarer Republik entwickelten. Gemeinsam war diesen, dass ihre Ideologien entschieden antiliberal, antidemokratisch und antiegalitäre Züge trugen. Sowohl der Begriff als auch die Zuordnung einzelner Akteure ist umstritten. Die „Konservative Revolution“ manifestierte sich nicht in einer politischen Partei, sondern verfolgte einen metapolitischen Ansatz. Den Akteuren kam es insbesondere darauf an, Diskurse zu beeinflussen. Ihre Schriften dienen den unterschiedlichsten Strömungen der heutigen extremen Rechten als geistiges Refugium.

Zudem bekennt sich die IBD offen zum Konzept des Ethnopluralismus, d. h. die Idealvorstellung einer staatlichen bzw. gesellschaftlichen Ordnung besteht aus ethnisch/kulturell homogenen Staaten. Die Kernthese dabei lautet „jedem Staat/Volk seine eigene Kultur“. Jeder Staat der Welt soll demzufolge seine eigene Kultur/Tradition behalten und gleichzeitig fremde Einflüsse fernhalten. Multikulturelle Gesellschaften bzw. fremde „ethnokulturelle“ Einflüsse werden abgelehnt, da

sie als zentrale Ursache für soziale, politische und religiöse Konflikte gewertet werden.

8. Merkmale der IB/IBD-Ideologie

Die IBD stellt Ethnopluralismus gegen die „Multikulti“-Ideologie, indem sie die Wichtigkeit der ethnokulturellen Identität der Deutschen für das Zusammenleben und die demokratische Willensbildung betont. Darunter versteht man, dass die eigene Tradition, Sprache, Kultur etc. erhalten bleiben sollen. Gleiches soll für die anderen europäischen Völker gelten, jede Kultur aber in ihrem Land. Außereuropäische Zuwanderung, Multikulturalismus sowie Islamisierung werden abgelehnt und mit demographischem und politischem Verfall der deutschen Identität gleichgesetzt. Dabei gilt die herrschende liberlistische Ideologie als „Hauptfeind“. Die Mitglieder der IBD verstehen sich selbst als „identitäre Avantgarde“, die sich stark an der Idee des Fortschritts orientiert und sich durch besondere Radikalität gegenüber bestehenden politischen Verhältnissen auszeichnet. Die IBD fordert eine „identitäre“ im Gegensatz zur bestehenden repräsentativen Demokratie, d. h. man will eine „echte, direkte“ Demokratie schaffen. Für diese sei aber die Homogenität des Volkes erforderlich, welche durch außereuropäische Massenzuwanderung allerdings nicht bestehen könne.

Die Ideologie der IBD stellt die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte in Abrede und macht die Zuerkennung grundlegender Rechte von der ethnischen Abstammung abhängig.

9. Ziele

Eines der Ziele der IBD ist es, eine „Front der Patrioten“ um das „identitäre Minimum“ zu formieren. Darunter versteht man, dass die IBD Unstimmigkeiten und Auseinandersetzungen in rechten Zusammenhängen beilegen will, um eine gemeinsame Front der Patrioten zu schaffen. Verbindendes Element sei der Kampf gegen gemeinsame Feinde und gemeinsame Bedrohungen. Die IBD sei eine Integrationsbewegung, die aus losen Zusammenhängen eine politische Front schaffen möchte.

Der Aktivismus der Organisation soll dabei gesellschaftliche Diskurse anregen oder beeinflussen und Themen der IBD wie Masseneinwanderung und damit verbundene Nachteile für Deutschland gesellschaftsfähig machen. Darauf aufbauen soll dann die „identitäre Idee“ umgesetzt werden.

10. Tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen

Entscheidend dafür, dass bei der IBD das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen festgestellt werden kann, ist der rechtsextremistische Hintergrund vieler Aktivisten der IBD und auch deren Anti-Asyl-Agitation im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingskrise.

Zahlreiche Gründungs- und Führungsmitglieder der Organisation stammen aus der rechtsextremistischen Szene; glaubhafte Anhaltspunkte für eine Loslösung von dieser Szene liegen zurzeit nicht vor.

Vereinzelte bundesweite Aktionen der IBD, insbesondere im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingskrise, lassen eine Fremden- und Islamfeindlichkeit erkennen, die unabhängig von der eigenen Selbstdarstellung, weitere tatsächliche Anhaltspunkte für eine rechtsextremistische Bestrebung geben. Neben asyl- und fremdenfeindlichen Parolen gegen Flüchtlinge, haben vermehrt Flyer- und Banneraktionen, Demonstrationen oder Besetzungen direkt vor Asylbewerberheimen stattgefunden. Dabei wurden gezielt asyl- und fremdenfeindliche Parolen auf Flyern sowohl im Internet, als auch vor Flüchtlingsunterkünften veröffentlicht.

11. Warum nur Verdachtsfall?

Die IBD wird zunächst für eine Dauer von höchstens fünf Jahren als Verdachtsfall durch das BfV beobachtet, da sich bisher die Aussagen zur Ideologie bzw. Zielen und das Erreichen

dieser als sehr unkonkret zeigen.¹ Zudem ist der Schutz der „kulturellen Identität“, wie ihn die IBD fordert, nicht ausnahmslos als Ideologieelement des Rechtsextremismus zu sehen, sondern kann auch ein zulässiges Ziel des Gesetzgebers sein. Die nationale Identität ist verfassungsrechtlich und EU-rechtlich grundsätzlich schützenswert. Das Bundesverfassungsgericht hat dazu festgestellt: „Aus dem Wahrungsgebot folgt insbesondere die Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten.“ (BVerfGE 77, 137, TESO-Entscheidung) In der Präambel des EU-Vertrages heißt es: „Entschlossen ... Identität Europas zu stärken“, und in Art. 4 Abs. 2 EUV verpflichtet sich die Union, die nationale Identität der Mitgliedsstaaten zu achten.

12. Bewertung/Prognose

Letztendlich ist festzustellen, dass tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen vorliegen, was vor allem durch Vorlauf nicht weniger IBD-Mitglieder in rechtsextremistischen Organisationen begründbar ist. Hier ist bisher keine klare Distanzierung der Mitglieder von ihrer Vergangenheit zu erkennen.

Die ausführliche Berichterstattung über Aktionen der Organisation in den Medien, vor allem den Online-Medien, gilt als ein Teil des Konzepts der IBD, um auf ihre Ansichten und Ziele aufmerksam zu machen und neue Unterstützer zu rekrutieren.

Aktivisten der IBD begehen während ihrer Aktionen häufig Straftaten im niederschweligen Bereich oder Ordnungswidrigkeiten. Obwohl die Aktionen der Organisation, besonders im Zusammenhang mit der Anti-Asyl-Agitation, andere Personen zu gewalttätigem Vorgehen gegen Flüchtlinge, Zuwanderer etc. anregen könnten, ist eine Gewaltradikalisierung durch die IBD Mitglieder selbst zurzeit nicht erkennbar.

¹ Der Begriff Verdachtsfall ist nicht im Bundesverfassungsschutzgesetz festgeschrieben, sondern hat sich aufgrund von rechtlichen Rahmenbedingungen und höchstrichterlichen Entscheidungen entwickelt. Ein Beobachtungsobjekt wird dann als Verdachtsfall eingestuft, wenn noch nicht erwiesen ist, dass es sich um eine gesicherte extremistische Bestrebung gemäß § 3 Abs. 1, Nr. 1, 3 und 4 BVerfSchG handelt. Siehe dazu auch Urteil des BVerwG vom 26. Juni 2013 zur Erwähnung der Bürgerbewegung „pro Köln“ im Verfassungsschutzbericht des Bundes (Az. 6 C 4.12 Rdnr. 13ff.)

„Wandlungsprozesse in der rechtsextremistischen Szene Sachsens vor dem Hintergrund der Zuwanderung“

Axel Heidrich

*Abteilungsleiter Auswertung,
Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen*



Zerfaserung der NPD



2 | 3. November 2016 | Axel Heidrich

...mit neuen Strategien die NPD



3 | 3. November 2016 | Axel Heidrich

Neue Bewegungen Partei „Der III. Weg“



4 | 3. November 2016 | Axel Heidrich

Neue Vernetzungen „Weißer Rabe“ und „Wir lieben Sachsen/Thürida“



5 | 3. November 2016 | Axel Heidrich

Neue Strukturen



Kopfsteinpflaster

6 | 3. November 2016 | Axel Heidrich



AKK

Rechtsextremisten aus Sachsen im AKK-Block



Demonstration am 1. Mai 2016 in Plauen
Fotos: www.flickr.com Stand vom 19. Mai 2016

7 | 3. November 2016 | Axel Heidrich

1. Mai-Demonstration von Rechtsextremisten 2016 in Plauen



Quelle: Facebook



Quelle: LVV Sachsen



Quelle: Internet

→ Kopieren links-extremistischer Muster

8 | 3. November 2016 | Axel Heidrich

Training für ein Verhalten wie das des AKK am 1. Mai 2016 in Plauen



Foto: Facebook-Profil „Rechtes Plenum“ 28. Mai 2016

9 | 3. November 2016 | Axel Heidrich

Aktivitäten von Rechtsextremisten am 11. Januar 2016



Schwerer Landfriedensbruch



Bild: LVZ-Online



10 | 3. November 2016 | Axel Heidrich

Gewaltanwendung gegen Polizei

Anti-Asyl-Demonstrationen in Heidenau am 21. August 2015



Foto: Flickr



Foto: SZ-Online

11 | 3. November 2016 | Axel Heidrich

Neonationalsozialistische Szene/“Freie Kräfte in Dresden“



Quelle: Facebook-Profil „Format Dresden“

12 | 3. November 2016 | Axel Heidrich

Neonationalsozialistische Szene/“Freie Kräfte in Dresden“

Agitationen gegen:



Politischen Gegner



Die Bundesregierung



Insbesondere im Hinblick auf die Asylproblematik

Quelle: Facebook-Profil „Format Dresden“

13 | 3. November 2016 | Axel Heidrich

Rechtsextremistische Straftaten gegen den politischen Gegner in Freital



Parteibüro „DIE LINKE“ in Freital nach dem Angriff vom 20.09.2015

Quelle: www.schwaebische.de

14 | 3. November 2016 | Axel Heidrich

Neue Bewegungen Die IB

#FreedomContra | #Immigration | Identitäre Bewegung | #IBGermany |
#Identitäre | #www.identitaere-bewegung.de | www.identitaere-
generation.org



Identitäre Bewegung Bayern

Beide gefällt mir



15 | 3. November 2016 | Axel Heidrich

Neue (alte) Themen Kampf gegen den politischen Gegner



16 | 3. November 2016 | Axel Heidrich

Neue (alte) Themen Kampf um den öffentlichen Raum

 Kopfsteinpflaster glücklich.
10. April um 18:40

Zuhause ist, wo man sich wohl fühlt.
#cornern #im #kiez



17 | 3. November 2016 | Axel Heidrich

Neue (alte) Themen Feindbild Asyl



18 | 3. November 2016 | Axel Heidrich

Zusammenfassung Rechtsextremismus im Wandel

- Ideologische Veränderungen
 - althergebrachter vs. „neuer“ Rechtsextremismus
- Erschließung neuer Milieus
- Restrukturierung des alten Personenpotenzials
- Flexible Strategiewahl
- Zunehmende Gewalt- und Konfrontationsbereitschaft

19 | 3. November 2016 | Axel Heidrich

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen



Neuländer Straße 60

01129 Dresden

Tel.: 0351 / 8 58 50

www.verfassungsschutz.sachsen.de



„Vom Protestphänomen zur politischen Dauererscheinung. Rechtspopulistische Parteien in (West)-Europa“

Prof. Dr. Frank Decker

Wissenschaftlicher Leiter der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP), Institut für Politische Wirtschaft und Soziologie, Rheinische Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn

Es gilt das gesprochene Wort !



Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Mitte der 1980er Jahre ist es in zahlreichen westeuropäischen Ländern zur Herausbildung einer neuen und zugleich neuartigen Parteienfamilie gekommen, für die sich in der Wissenschaft und im journalistischen Sprachgebrauch der Begriff „rechtspopulistisch“ eingebürgert hat. Als die Neuankömmlinge am rechten Rand (Front National, Lega Nord, Vlaams Blok, FPÖ) in ihren Ländern auf den Plan traten und die ersten Wahlerfolge erzielten, war man noch geneigt, sie als flüchtige Protesterscheinungen abzutun, wie es sie in den westlichen Demokratien – auch in populistischer Gestalt – schon immer gegeben hatte. Es herrschte also die Erwartung, dass die Herausforderer über kurz oder lang wieder auf Normalmaß zurückgestutzt und aus den Parteiensystemen ganz verschwinden würden. Die weitere Entwicklung sollte dies gründlich widerlegen. Nicht nur, dass die Rechtspopulisten ihre Stellung verteidigen und sogar noch weiter ausbauen konnten. Das Phänomen begann sich nun auf andere westeuropäische Länder auszudehnen und machte auch vor den neuen Demokratien Mittelosteuropas nicht halt. In einigen Ländern repräsentieren Rechtspopulisten dort heute sogar die Hauptströmung im Mitte-Rechts-Lager, in Polen etwa die Partei *Recht und Gerechtigkeit*, in Ungarn *Fidesz*.

Nach einem kontinuierlichen Aufwuchs bis zum Jahre 2000 neigte sich die Erfolgskurve der rechten Herausforderer bis Mitte der 2000er Jahre zunächst leicht nach unten; danach stieg die Resonanz wieder deutlich an. Der Rechtspopulismus erfasste jetzt auch Länder, die von ihm vorher verschont geblieben waren. Das zwischenzeitliche Tief dürfte mehr mit seinen Erfolgen als mit einer nachlassenden Empfänglichkeit der Wähler für die rechtspopulistischen Botschaften zu tun haben. Ein Beleg dafür ist, dass der Populismus auf die etablierten Parteien des politischen „Mainstreams“ immer stärker übergriff. Diese machten sich nicht nur die Themen der rechtspopulistischen Akteure zu eigen, sondern auch deren Politikstil. Zugleich kam es zu einem Aufschwung linkspopulistischer Parteien und Bewegungen, die manches von dem, was die Wähler umtrieb, glaubwürdiger adressieren konnten als ihre rechten Kontrahenten. Zwei – sich häufig auch in Parteienform überlappende – Spielarten des Populismus nehmen die christdemokratisch-konservativen und sozialdemokratischen Parteien heute in ihren Zangengriff – ein kapitalismuskritischer und/oder wohlfahrtschauvinistisch geprägter Sozialpopulismus und ein kulturalistisch unterfütterter Anti-Islam-Populismus.

In Westeuropa lässt sich das Aufkommen der rechtspopulistischen Parteien in eine Vorreiter-, Haupt- und Nachzüglerphase einteilen. Vorreiter waren die zu Beginn der 1970er Jahre in Dänemark und Norwegen entstandenen *Fortschrittsparteien*. Beide verstanden sich zunächst als antiwohlfahrtsstaatliche Steuerprotestparteien, bevor sie ab Mitte der 1980er Jahre die Einwanderung als neues Schlüsselthema für sich entdeckten. Aus der dänischen Fortschrittspartei ging 1995 die *Dänische Volkspartei* hervor. Unter allen Parteien des westeuropäischen Rechtspopulismus sind die dänischen und norwegischen Vertreter heute neben der Schweizerischen Volkspartei am stärksten in ihre jeweiligen politischen Systeme integriert.

In die 1980er Jahre fielen Gründung und Durchbruch der Parteien, die seither den harten Kern des Rechtspopulismus umschreiben: *Front National* in Frankreich, *Vlaams Blok* (später: *Vlaams Belang*) in Belgien und *Lega Nord* in Italien. Die schon seit 1956 bestehende *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) wurde zur selben Zeit unter Jörg Haider in eine rechtspopulistische Partei transformiert. Der *Front National* war von Jean-Marie Le Pen bereits 1972 gegründet worden, fristete aber bis Anfang der 1980er Jahre ein Schattendasein. Keinen durchschlagenden Erfolg hatten die 1983 als Abspaltung von der CSU entstandenen *Republikaner* in Deutschland, die nach einigen spektakulären Landtagswahlergebnissen (in Berlin und Baden-Württemberg) ab Mitte der 1990er Jahre wieder in der Bedeutungslosigkeit versanken.

Seit den 1990er Jahren ist der Rechtspopulismus in Europa zu einem flächendeckenden Phänomen geworden. Als Nachzügler des harten Kerns traten zuerst auf: die 1994 aus der Taufe gehobene Sammlungspartei *Forza Italia* des italienischen Medienunternehmers Silvio Berlusconi und die von Christoph Blocher auf einen rechtspopulistischen Kurs geführte *Schweizerische Volkspartei* (SVP). In den 2000er Jahren folgten die niederländische *Liste Pim Fortuyn*, aus deren „Konkursmasse“ 2006 die von Geert Wilders angeführte *Partij voor de Vrijheid* hervorging, die *United Kingdom Independence Party* (UKIP), die bereits 1993 gegründet

worden war, aber erst bei den Europawahlen 2009 ihren Durchbruch erzielte, die ebenfalls bereits 1995 als Nachfolger der finnischen Landpartei entstandene Partei *Die Finnen*, die 2011 nach einer Verfünffachung ihres Stimmenanteils zur drittstärksten Kraft des Landes aufstieg, und die 2013 gegründete *Alternative für Deutschland* (AfD). In Schweden, wo der Etablierungsversuch der rechtspopulistischen *Neuen Demokratie* zu Beginn der 1990er Jahre noch erfolglos geblieben war, konnten die rechtsextremen *Schwedendemokraten* ihr Ergebnis bei den Parlamentswahlen 2010 und 2014 jeweils verdoppeln.

Einen Sonderfall des europäischen Populismus stellt der von dem italienischen Blogger und Komiker Beppe Grillo 2009 gegründete *MoVimento 5 Stelle* (Fünf Sterne-Bewegung) dar, der – ohne ein dezidiert linkes Profil aufzuweisen – programmatisch zwar eher der linkspopulistischen Familie zuzuordnen ist, sich im Europaparlament aber gemeinsam mit UKIP und den Schwedendemokraten der rechten Fraktion „Europa der Freiheit und Demokratie“ (EFDD) angeschlossen hat. Bei den italienischen Parlamentswahlen 2013 erzielte die neue Gruppierung auf Anhieb 25,6 Prozent der Stimmen, womit sie nur knapp hinter den beiden großen Parteien lag; bei den Europawahlen 2014 kam sie auf 21,2 Prozent.

Ursachen und Entstehungshintergründe

Populistische Parteien und Bewegungen sind ein Produkt von Modernisierungskrisen. Sie entstehen, wenn in einer Gesellschaft die Balance „von wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sozialstrukturellen Machtverteilungen und kulturellen Bewusstseinsformen in Bewegung gerät“ (Hans-Jürgen Puhle). Der amerikanische Historiker Lawrence Goodwyn bezeichnet solche Konstellationen als „populistisches Moment“. Verläuft der gesellschaftliche Wandel zu rasch oder erzeugt er (zu) starke Verwerfungen, erleiden bestimmte Bevölkerungsgruppen Orientierungsverluste, die mit Statusangst, Zukunftsunsicherheit und politischen Entfremdungsgefühlen einhergehen, Populisten, die sich dies zunutze machen, hat es auch zu früheren Zeiten gegeben – etwa die ausgangs

des 19. Jahrhunderts in den USA entstandene *Populist Party* (der das Phänomen seinen Namen verdankt) oder die *Poujadisten* in der IV. Französischen Republik. Dabei handelte es sich jedoch um historisch versetzte Erscheinungen, während für die heutigen Populismen gerade ihr zeitliches und räumliches Zusammentreffen kennzeichnend ist. Weil im Zuge der beschleunigten Globalisierung die Gesellschaften in ihrer Problembetroffenheit immer enger aneinanderrücken, teilen sie auch die durch die Negativfolgen der Modernisierung ausgelösten populistischen Reaktionen.

– *Ökonomisch* zeigen sich diese Folgen in steigender Lohnkonkurrenz und einem allmählichen Abbau wohlfahrtsstaatlicher Sicherungen, der die Polarisierung zwischen Arm und Reich verschärft. Wachsende Teile der Mittelschicht sehen sich mit Abstieg bedroht. Die Betroffenen müssen dabei nicht zwingend objektive Verluste erleiden (des Einkommens oder des Arbeitsplatzes). Entscheidend ist das Gefühl der eigenen Benachteiligung, das sich aus der Orientierung an bestimmten Erwartungen oder Referenzgruppen ergibt. Ein solches Gefühl kann sich auch bei Gewinnern einstellen, wenn sie glauben, im Verteilungskampf von anderen ausgenommen zu werden.

– In *kultureller* Hinsicht bedeutet Globalisierung, dass Differenzen des Lebensstils und der moralischen Orientierung sichtbar werden. Da sich die Migration heute – anders als früher – in zunehmendem Maße auf Angehörige anderer Kulturkreise erstreckt, verwandeln sich die einstmals homogenen Nationen über kurz oder lang in multiethnische und -kulturelle Gesellschaften. Die Konfrontation mit den Fremden wird von Teilen der eingesessenen Bevölkerung als Verlust der hergebrachten Identität empfunden. Dieser Verlust wiegt umso schwerer, als im Zuge von Individualisierungsprozessen auch andere Gruppenbindungen in Auflösung geraten.

– Soziale Unsicherheit und Entfremdung führen schließlich dazu, dass Teile der Gesellschaft sich *politisch* nicht mehr repräsentiert fühlen. Da der Staat seiner souveränen Handlungsfähigkeit durch die Globalisierung zunehmend beraubt wird, kann

er dies nicht mehr ohne weiteres durch Leistungssteigerung wettmachen. Verlorene Handlungsspielräume lassen sich zwar auf der supra- und transnationalen Ebene partiell zurückgewinnen; gerade dadurch werden sie aber der demokratischen Kontrolle und Beeinflussbarkeit entzogen, die bislang ausschließlich im nationalstaatlichen Rahmen ihren Platz hatten.

Hatte es zu Beginn der 2000er Jahre noch Anzeichen für eine allmähliche Erschöpfung der populistischen Mobilisierungsfähigkeit gegeben, so verschärfte die am 11. September 2001 in den USA beginnende Serie islamistischer Terroranschläge, die durch die Bürgerkriege im Nahen Osten und die sich verschlechternde Lebenssituation in großen Teilen des afrikanischen Kontinents und den Ländern des südlichen Balkans seit 2013 stark ansteigenden Flüchtlingszahlen sowie die 2007 ausgebrochene Finanz- und Eurokrise diese allgemeinen Tendenzen. Während die Angst vor dem Islam Wasser auf die Mühlen der rechten Einwanderungskritiker lenkte, verschaffte die Finanz- und Eurokrise den populistischen Kritikern des „neoliberalen“ Modernisierungsprojekts – von links wie von rechts – neuen Zulauf. Dessen Schattenseiten hatten sich in Europa schon in den 1990er Jahre zunehmend bemerkbar gemacht und dafür gesorgt, dass auch jene Rechtspopulisten, die wie etwa die Lega Nord vorher zum Teil noch pro-europäisch aufgestellt waren, nun zu rigorosen EU-Gegnern mutierten. Folgt man deren Argumentation, steht die Europäische Union stellvertretend für die genannten Kehrseiten der Modernisierung: materielle Wohlstandsverluste, multikulturelle „Überfremdung“ und Krise der politischen Repräsentation. Die sonst so abstrakte Globalisierung findet mit ihr einen konkreten Schuldigen.

Die Entstehungsursachen spiegeln sich in der Wählerstruktur der populistischen Parteien. Belege für die Modernisierungsverlierer-These lassen sich sowohl sozialstrukturell als auch auf der Einstellungsebene finden. Männer, junge und mittlere Altersgruppen sowie niedrige bis mittlere formale Bildungsabschlüsse sind unter den Wählern überdurchschnittlich vertreten. Mit

dem Siegeszug des „Neoliberalismus“ wandten sich seit den 1990er Jahren über die Angehörigen des alten Mittelstands hinaus Arbeiter und Arbeitslose vermehrt dem Rechtspopulismus zu. Die Wählerzusammensetzung näherte sich dadurch der linkspopulistischen/-sozialistischen und sozialdemokratischen Konkurrenz an. Auf der subjektiven Ebene hat sich gezeigt, dass die Wahlbereitschaft populistischer Parteien unter anderem mit starker politischer Unzufriedenheit, xenophoben Einstellungen und fehlendem sozialen Vertrauen zusammenhängt. Weil auch viele Anhänger linker Parteien konservativ-autoritäre Wertvorstellungen hegen, gibt es hier ebenfalls starke Überschneidungen mit deren Wählerschaft.

Richtet man die Aufmerksamkeit auf die Parteien im einzelnen, geraten neben den allgemeinen Ursachen eine Reihe von anderen Bedingungen in den Blick, die stärker system- und kontextspezifisch interpretiert werden müssen. Legt man die oben vorgenommene Einteilung zugrunde, dürften die länderbezogenen Unterschiede bei den politischen Konflikten am größten sein, wurzeln diese doch primär in den historischen, institutionellen und kulturellen Eigenarten der jeweiligen Regierungssysteme. Ein gutes Beispiel ist Österreich, wo das als Konkordanzdemokratie euphemistisch verbrämte Machtkartell von SPÖ und ÖVP maßgeblich mit dazu beigetragen hat, den Anti-Establishment-Diskurs der FPÖ zu legitimieren.

Deutliche Abweichungen zeigen sich aber auch bei den ökonomischen und kulturellen Faktoren. Seit dem Aufstieg Hitlers in den 1930er Jahren hat sich in den Sozialwissenschaften die Idee verbreitet, dass rechtsextreme Parteien vorzugsweise in wirtschaftlichen Krisenzeiten reüssieren, wenn Arbeitslosigkeit und Inflation steigen. Vergleicht man die Wahlergebnisse der europäischen Rechts- und Linkspopulisten seit Ausbruch der Eurokrise, ergibt sich ein anderes Bild. Während die linken Vertreter wie Syriza, Podemos oder die Fünf-Sterne-Bewegung vor allem in den südlichen Krisenländern reüssierten, schnitten die Rechtsparteien in den Ländern am besten ab bzw. erzielten ihre stärksten Zugewinne, die von den Folgen der Krise

vergleichsweise wenig betroffen waren: Österreich, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Niederlande und Schweden. Dies deutet zum einen auf eine unterschiedliche Priorität der Konflikte hin: In den südeuropäischen Ländern geht der ökonomische dem kulturellen Konflikt voraus, im wohlhabenderen Norden der kulturelle Konflikt dem ökonomischen. Zum anderen verweist es auf die ideologischen Implikationen der durch die Schuldenkrise hervorgerufenen Interessengegensätze. Die Kritik an der Austeritätspolitik, die die Südländer zu wirtschaftspolitischen Befehlsempfängern der sogenannten „Institutionen“ degradierte, konnte am glaubwürdigsten von der populistischen Linken vertreten werden, die Absage an jegliche Form der Transferunion, die die Mitgliedstaaten der EU ihrer nationalen Eigenverantwortung und Eigenständigkeit beraube, von der populistischen Rechten.

Typologisierung und ideologische Spielarten

Populismus kann sich mit unterschiedlichen ideologischen und programmatischen Inhalten verbinden. Während linke Populisten vor allem in Lateinamerika anzutreffen sind, stellen sie in Südeuropa ein neueres Phänomen dar. Im übrigen Europa dominiert – wie gesehen – der Rechtspopulismus. Strittig bleibt, ob der Populismus selbst ideologische Attribute aufweist. Seine rigorose Parteinahme für das Volk und gegen die Eliten betont die individuelle Freiheit ebenso wie die Notwendigkeit gemeinschaftlicher Einbindung. Daraus ergibt sich ein weites Spektrum inhaltlicher Positionen, die den Populismus bestenfalls als „schlanke“ oder Bindestrich-Ideologie erscheinen lässt. Adressat und ideologische Grundlage aller Formen des Populismus ist das „Volk“ als identitätsstiftendes Ideal. Anstelle der Anerkennung der Komplexität moderner Gesellschaften setzen die Populisten moralische Werte und Tugenden. Die inhaltliche Füllung des Volksbegriffes variiert je nach ideologischer Ausrichtung. Rechte Parteien verweisen vor allem auf die nationale Identität, während linke Gruppierungen stärker an den sozialen Status der Arbeitnehmer und Arbeitslosen appellieren. Beiden Richtungen ist gemeinsam, dass sie die Partikularinteressen der von ihnen

angesprochenen Wähler als „wahren“ Volkswillen propagieren.

Für das Überwiegen des rechten Populismus in Westeuropa lassen sich empirische und theoretische Gründe anführen. Die empirische Erklärung verweist auf den Bedeutungsanstieg der kulturellen (wertebezogenen) Konfliktlinie in den Parteiensystemen, die in den 1970er Jahren zur Entstehung zuerst der neuen sozialen Bewegungen und dann der grünen (ökologischen) Parteien geführt hat, bevor sich in den 1980er Jahren – gleichsam als „postmaterialistische“ Gegenreaktion von rechts – die neuen populistischen Parteien formierten. Die theoretische Erklärung betont den inneren Zusammenhang von rechtem Denken und populistischer Ideologie. *Erstens* sei die Gegenüberstellung von einfachem Volk und abgehobener Elite prädestiniert, das Volk auch in sich als homogene Einheit zu betrachten. Die damit einhergehende Ausgrenzung von vermeintlich nicht-zugehörigen Personen oder Gruppen auf der horizontalen Ebene unterscheidet die Rechte von den universalistischen Prinzipien der Linken. *Zweitens* verfolge der Populismus trotz seiner anti-liberalen und anti-pluralistischen Stoßrichtung einen im Kern individualistischen Ansatz, der die Verantwortung des einzelnen in den Vordergrund rücke und sich gegen staatliche Bevormundung und kollektiv verordnete „Zwangssolidarität“ wende. Und *drittens* sei der Populismus dem Wesen nach rückwärtsgerichtet, indem er ein durch die Modernisierungsprozesse überholtes Gesellschaftsbild konservieren möchte, das als „Goldenes Zeitalter“ romantisch verklärt wird.

Von den drei Argumenten steht das letzte auf den schwächsten Füßen. Das Festhalten oder Bewahren früherer Zustände ist längst kein Monopol der Rechten mehr (wenn es das je war), sondern inzwischen ein ebenso wichtiges Anliegen der Linken – man denke etwa an den Umwelt- und Klimaschutz oder die Absicherung des durch den internationalen Standortwettbewerb unter Druck geratenen Wohlfahrtsstaates. Ergeben sich hier möglicherweise Schnittmengen zwischen rechtem und linkem Populismus, so weisen die beiden zuerst genannten Argumente zugleich auf

die Bandbreite ideologischer Positionen innerhalb der populistischen Rechten.

Der niederländische Politikwissenschaftler Cas Mudde, dem wir die bis heute beste vergleichende Gesamtdarstellung des europäischen Rechtspopulismus verdanken, setzt diesen mit der radikalen Rechten gleich. Als ideologische Hauptbestandteile identifiziert er dabei den Nativismus und den Autoritarismus. Der Nativismus steht für eine illiberale (aber nicht zwingend rassistische oder völkische) Spielart des Nationalismus, die für einen in kultureller Hinsicht möglichst homogenen Nationalstaat eintritt, diesen also von „fremden“ Personen und Ideen freihalten will. Die Bedrohung der Homogenität kann von einwanderungsbedingten und/oder Nationalitätenkonflikten ausgehen, was einen wichtigen Unterschied zwischen den meisten west- und mitteleuropäischen Vertretern der radikalen Rechten markiert. Die Autoritarismus-Definition schließt wiederum an das klassische sozialpsychologische Verständnis der Frankfurter Schule an, die das Festhalten an traditionellen Moralvorstellungen und den Glauben an die hierarchische Gliederung der Gesellschaft als Kern der autoritären Persönlichkeit begriff.

Muddes Begriffsbestimmung nimmt die in der neueren Forschung verbreitete These auf, wonach „Identität“ das Schlüsselthema des rechten Populismus sei. Deren wichtigste Quelle bildet nach wie vor die Nation, die aber nicht mehr nur (oder primär) in einem partikularen Sinne aufgefasst wird, sondern eingebettet ist in ein nationübergreifend-gemeinsames, (west)europäisches Verständnis von kultureller Zugehörigkeit, dessen Gegenbild die überwiegend nicht-westliche Zuwandererbevölkerung verkörpert. Das Problem von Muddes Definition liegt darin, dass sie den ideologischen Kern der populistischen Identitätspolitik zu eng fasst. Einerseits zeigen Parteien wie Front National, Vlaams Blok/Vlaams Belang oder die Schwedendemokraten, dass Rechtspopulismus durchaus mit rassistischen und extremistischen Positionen einhergehen kann. Andererseits ist er auch an nicht nativistische Begründungen der kulturellen Identität und gesellschaftspolitisch liberalere Positionen anschlussfähig, wie etwa

bei Pim Fortuyn, der sich in seiner Islamkritik ausschließlich auf die liberalen und demokratischen Werte des Westens berief – Trennung von Kirche und Staat, Gleichberechtigung von Mann und Frau und Freiheit der sexuellen Orientierung.

Ähnlich facettenreich wie seine „Identitätspolitik“ gestaltet sich die wirtschaftspolitische Programmatik des Rechtspopulismus. In der Entstehungsphase verfolgten dessen Vertreter noch fast allesamt einen „neoliberalen“ Kurs, bevor in den 1990er Jahren bei den meisten Parteien protektionistische Positionen die Oberhand gewannen. Statt den Wohlfahrtsstaat zu verschlanken, sollte dieser nun verteidigt und sogar weiter ausgebaut werden. Dazu galt es auch der europäischen Politik in den Arm zu fallen, die sich einseitig auf die Beseitigung der Marktschranken konzentrierte. Mit diesem Wechsel nach links entsprachen die neuen Rechtsparteien einerseits ihrer veränderten Wählerbasis, andererseits ließen sich die sozialpopulistischen Forderungen an die identitätspolitischen Kernthemen der Zuwanderungsbegrenzung und Multikulturalismuskritik gut anschließen. Die Rechtspopulisten konnten damit den linken Parteien zum Teil das Wasser abgraben bzw. das Aufkommen neuer linkspopulistischer Konkurrenten verhindern. Die in der Literatur als „Wohlfahrtschauvinismus“ bezeichnete Haltung, wonach der eigene Wohlstand vor der ungerechtfertigten Inanspruchnahme durch „Dritte“ (seien es Zuwanderer oder seien es Angehörige anderer Nationen) zu schützen sei, traf und trifft vor allem in den wirtschaftsstarken Ländern auf fruchtbaren Boden, die ein vergleichsweise hohes sozialstaatliches Leistungsniveau aufweisen.

Organisatorische Merkmale

Die populistischen Herausforderer weisen auch in organisatorischer Hinsicht eigene Merkmale auf, die sie von den Vertretern des politischen Mainstreams abheben. Letztere werden in der Parteienforschung heute meistens unter den – von Angelo Panebianco so bezeichneten – Typus der „professionellen Wählerpartei“ subsumiert, der eine modernisierte Form der Mitglieder- und Funktionärspartei darstellt. Bei den Neuan-

kömmlingen lassen sich drei davon abweichende Organisationstypen unterscheiden, die zum Teil ineinander übergehen: Den ersten Typus könnte man ebenfalls im Anschluss an Panebianco als *charismatische Partei* bezeichnen. Unter ihn fällt das Gros der heutigen Rechts- und Linkspopulisten. Solche Parteien gruppieren sich um eine einzelne Person, die als Anführer meistens auch die Urheber der Partei sind. Institutionalisierte Strukturen und demokratische Verfahren treten in der Organisation hinter der Autorität des Anführers zurück; es gilt das Prinzip der loyalen Gefolgschaft. Beim zweiten Typus, exemplarisch von Silvio Berlusconi's Forza Italia verkörpert, wird die Organisation von einer einzelnen Unternehmerpersönlichkeit begründet, maßgeblich aus deren eigenen Mitteln finanziert und nach den Prinzipien eines Wirtschaftsunternehmens geführt. Dieser Typus der *Unternehmerpartei* ist weniger ideologisch geprägt als der populistische Typus, dem er ansonsten ähnelt; er stellt eine spezifische Form der Wählerpartei dar. Den dritten Typus bildet die *Bewegungs- oder Rahmenpartei*. Deren Organisation besteht aus einem locker verbundenen Netzwerk von Aktivisten, die aus der Gesellschaft hervortreten. Beispiele sind die Piraten, die deutschen Grünen in ihrer Entstehungsphase oder die Fünf-Sterne-Bewegung von Beppe Grillo in Italien, die zugleich Überschneidungen mit dem charismatischen Typus aufweist.

Der Bewegungscharakter des Populismus lässt sich zum einen daran festmachen, dass seine Vertreter zumeist keine Abspaltungen von existierenden Parteien sind, sondern gesellschaftlichen Ursprungs. Zum anderen folgt er aus dem ideologischen Verständnis einer Anti-Parteien-Partei. Die Kritik am Machtsystem der repräsentativen Institutionen und das Eintreten für mehr direkte Entscheidungsrechte des Volkes stellen in der populistischen Demokratieauffassung Seiten derselben Medaille dar. Auch die Bedeutung der charismatischen Führung ergibt sich unmittelbar aus der populistischen Vorstellung eines einheitlichen Volkswillens, der durch eine einzelne Person an der Spitze scheinbar am besten abgebildet werden kann. Die Abhängigkeit der Bewegung von dieser Person bleibt allerdings prekär, weil deren Nimbus früher oder später verblassen dürfte. Die

Bedeutung des Charismas für den Populismus ist insofern zu relativieren. Sie zeigt sich vor allem in der Etablierungsphase – bei der Gründung und dem elektoralen Durchbruch der Parteien, die sich tatsächlich fast immer einzelnen herausragenden Führungspersonalitäten verdanken. Den allermeisten dieser Parteien ist jedoch gelungen, auch nach deren Ausscheiden weiterzubestehen und erfolgreich zu bleiben. Im Zuge dieser institutionellen Verstetigung schwächten sie ihren Bewegungscharakter ab und passten sich in der Organisationsform den Mainstream-Parteien an.

In einigen Ländern ist die Institutionalisierung durch die Verrechtlichung des Parteiwesens ohnehin vorgegeben. So wäre es z. B. in der Bundesrepublik gar nicht möglich, eine Partei nach dem „Führerprinzip“ zu errichten, da Grund- und Parteiengesetz strenge demokratische Anforderungen an deren „innere Ordnung“ stellen. Dass die so generierten Teilhabeansprüche der Basis einen kontrollierten Aufbau der Parteiorganisation erschweren, lässt sich an der Eskalation der personellen und Machtkonflikte in der AfD ablesen, die der Spaltung der Partei im Juli 2015 vorausgingen. Im Gebot innerparteilicher Demokratie liegt insofern ein größeres Erfolgshemmnis für die populistischen Herausforderer als im Wahlrecht oder den Regeln der Parteienfinanzierung. Verschärft wird das Problem durch das von ihnen selbst propagierte plebiszitäre Demokratieverständnis, das sie konsequenterweise auch in der eigenen Organisation gelten lassen müssen. Dies zeigt sich z. B. darin, dass die AfD häufig Mitgliederversammlungen anstelle von Delegierten entscheiden lässt. Mit ihrem Modell einer gleichberechtigten Dreier- bzw. Doppelspitze in der Führung weist sie zudem Organisationselemente auf, die man in der Bundesrepublik bisher nur von den linken Parteien (Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE) kannte.

Wirkungen und Bekämpfungsstrategien

Die populistischen Herausforderer haben die Parteiensysteme in den europäischen Demokratien nachhaltig verändert. Ihre Bezeichnung als „Protestparteien“ täuscht über die Langlebigkeit des Phänomens hinweg. Treffender erscheint es, die

neu entstandenen Parteien als „Sprachrohre der Unzufriedenheit“ zu betrachten, die Repräsentationslücken der etablierten Politik offenlegen und ausgleichen. In diesem Sinne und soweit sie sich im Rahmen des „Verfassungsbogens“ bewegen, erfüllen die Populisten eine für die Demokratie potenziell nützliche Funktion.

Die Einschränkung „potenziell“ ist wichtig. Sie weist darauf hin, dass die herausgeforderten Parteien unterschiedliche Möglichkeiten haben, auf die Herausforderer zu reagieren. Dabei geht es nicht einfach um die Alternative „Anpassung oder Abgrenzung“, wie es häufig plakativ heißt. So macht es z. B. einen Unterschied, ob die Formen und Stilmittel des Populismus übernommen werden oder dessen inhaltliche Positionen. Eine Abgrenzungsstrategie muss nicht ausschließen, dass man sich der unliebsamen Konkurrenz in der Substanz annähert. Umgekehrt kann eine Anpassungsstrategie von heftigen verbalen Attacken auf die populistischen Akteure begleitet sein.

Zu fragen ist weiter, worauf sich die Abgrenzung oder Anpassung genau bezieht. Wenn die etablierten Parteien sich der Probleme/Themen annehmen, die von den Herausforderern eingebracht werden, heißt das noch lange nicht, dass sie auch die Antworten oder Lösungsvorschläge für diese Probleme teilen. Zum Wesen des Populismus gehört, dass er solche Antworten entweder gar nicht gibt. Oder die Antworten gehen an der Komplexität der Probleme vorbei. Wenn Politiker und Parteien sich gegenseitig Populismus vorwerfen, ist in der Regel genau dieses gemeint.

Die Politikunfähigkeit des Populismus muss von seinen Anhängern aber nicht unbedingt als Problem empfunden werden. Wäre das der Fall, dann könnten die populistischen Parteien ihre Glaubwürdigkeit nur in der Oppositionsrolle ausspielen bzw. bewahren. Die Realität hat diese Erwartung zum Teil widerlegt. Während die Liste Pim Fortuyn in den Niederlanden und die FPÖ in Österreich nach ihrem Regierungseintritt einen dramatischen Absturz in der Wählergunst hinnehmen mussten, zeigt der anhaltende Erfolg der Schweizerischen Volkspartei, dass sich Widerstand gegen euro-

päische Integration, Einwanderungs Skepsis und Anti-Islamismus mit einer Regierungsbeteiligung sehr wohl vertragen. Auch Italien wurde lange von einer rechtspopulistischen Allianz der Forza Italia Berlusconi mit der Lega Nord regiert. Die Dänische Volkspartei ist zwar nicht direkt in Regierungsverantwortung gewesen, bestimmte aber von 2001 bis 2011 als tolerierender Partner der liberal-konservativen Regierung deren Kurs maßgeblich mit. Unter ihrem Druck wurden die Einwanderungs- und Asylgesetze drastisch verschärft sowie eine Renationalisierung der Europapolitik eingeleitet. Mit der Neuauflage des Tolerierungsbündnisses nach der Wahl 2015, aus der die DF als stärkste Kraft im bürgerlichen Lager hervorging, könnte sich ihr Einfluss weiter erhöhen.

Auf der anderen Seite stehen Länder, die um die populistische Konkurrenz einen „Schutzgürtel“ (*cordon sanitaire*) legen und ihr gegenüber strikte Distanz halten. So ist z. B. in Schweden jegliche Form der Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten verpönt, es gibt nicht einmal Gesprächskontakte. Auch politikhaltlich wetteiferten die etablierten Vertreter lange Zeit darum, sich von den restriktiven Positionen der rechten Herausforderer in der Einwanderungs- und Asylpolitik möglichst stark abzuheben. Falls das Ziel dieser Politik darin bestanden haben sollte, den Vormarsch der Rechtspopulisten zu stoppen, war der liberale schwedische Ansatz genauso wenig erfolgreich wie die dänische Anpassungsstrategie. Bei den Reichstagswahlen im Herbst 2014 konnten die Schwedendemokraten mit einem Ergebnis von 12,9 Prozent zu den Rechtspopulisten in den skandinavischen Nachbarländern aufschließen. Inzwischen liegen sie in den Umfragen bei über 20 Prozent.

Welche Handlungsempfehlungen lassen sich aus dem Scheitern der gegensätzlichen Bekämpfungsstrategien ableiten? Neben der unmittelbaren politischen Auseinandersetzung, die sich als Empfehlung von selbst versteht, erscheinen folgende vier Aufgaben(felder) wesentlich, um das Übel bei der Wurzel (der gesellschaftlichen und politischen Probleme) zu packen:

Erstens bedarf es auf der nationalen wie auf der europäischen Ebene einer Politik, die ökonomischen und sozialen Zusammenhalt der Gesellschaften wieder stärker in den Mittelpunkt rückt. Das Bewusstsein der Bedeutung, die der Wohlfahrtsstaat für diesen Zusammenhalt gewinnt, ist in der Vergangenheit mehr und mehr abhandengekommen. Sie zeigt sich gerade mit Blick auf den internationalen Wettbewerb: Je weiter sich die Volkswirtschaften nach außen öffnen, umso wichtiger werden Bildung und Ausbildung (um sich für den Wettbewerb zu wappnen), aber auch die Absicherung gegen die durch den Wettbewerb entstehenden Risiken im Inneren. Gelingt es der Politik nicht, eine Gesellschaft auf der Basis von Chancengleichheit und Fairness zu errichten, kann das Populismus-Potenzial nicht reduziert werden.

Zweitens muss man beim Rechtspopulismus versuchen, der Konkurrenz auf deren eigenem Feld zu begegnen – der Wertepolitik. Dies stellt vor allem für die in ihrem Werteverständnis eher materialistisch geprägten Sozialdemokraten ein schwieriges Problem dar, die verloren gegangenen Kredit aber nur zurückgewinnen können, wenn sie der rechten „Gegenmodernisierung“ ein eigenes, nicht-regressives Modell einer guten Gesellschaft entgegenstellen, das die Bedürfnisse der Menschen nach Zugehörigkeit aufnimmt. Dies gilt vor allem für die Zuwanderungspolitik. So entschieden man der rechtspopulistischen Perfidie entgegenzutreten muss, soziale Konflikte in rein kulturelle oder nationale Konflikte umzudeuten, so wenig sollte man umgekehrt der Versuchung unterliegen, kulturelle Differenz (und den Umgang mit ihr) auf ein ausschließlich soziales Problem zu reduzieren.

Drittens gilt es deutlich zu machen, warum eine Politik, die die Märkte auf der europäischen und transnationalen Ebene reguliert und dazu nationale Zuständigkeiten abgibt (bzw. abzugeben bereit wäre), dennoch im nationalen Interesse ist. Diese Herausforderung stellt sich in der Auseinandersetzung mit dem rechten und linken Populismus gleichermaßen. Die zunehmend europamüden Bürger lassen sich für das Integrationsprojekt nur zurückgewinnen, wenn die sozialen und

kulturellen Nebenfolgen, die sich aus dem Marktgeschehen ergeben, nicht mehr ausschließlich der nationalstaatlichen Politik aufgebürdet werden. In anderen Bereichen – etwa der Außen- und Verteidigungspolitik – wäre es geboten, dass die politischen Eliten selbst über ihren Schatten springen; hier scheitert die Überwindung des nationalen Denkens nicht an den Widerständen der Bevölkerung.

Und viertens müssen die Parteien sich nach außen hin gegenüber den Bürgern öffnen. Dies verlangt nach einem anderen Repräsentations- und Organisationsverständnis, das mit dem heutigen Modell der von oben gesteuerten Mitglieder- und Funktionsparteien bricht. Überlegt werden sollte auch, ob und in welcher Form man die repräsentative Parteiendemokratie durch direktdemokratische Beteiligungsverfahren ergänzen kann – damit sich die Rechtspopulisten dieser Forderung nicht exklusiv bemächtigen. Vor allem braucht es eine neue Kultur des Zuhörens und Aufeinanderzugehens. Die in einer Demokratie unverzichtbare Volksnähe des Politikers gebietet nicht, dem Volkswillen hinterherzulaufen, sondern den Bürgern Gehör zu schenken. Dies setzt voraus, dass man die Lebenswirklichkeiten seiner Wähler kennt oder ihnen zumindest nicht ausweicht.

„Rechtsextremismus auch im Wandel in Sachsen-Anhalt?“

Ein Resümee

Dr. Hilmar Steffen

*Referatsleiter Auswertung und Beschaffung
Rechtsextremismus/-terrorismus im Ministerium
für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt*

Es gilt das gesprochene Wort !



Sehr geehrte Damen und Herren,

Rechtsextremismus ist Bestandteil von Gesellschaft. Es gab ihn immer; er unterliegt einer Kontinuität:

Zu erinnern ist an die Alldeutsche Bewegung, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts/Anfang des 20. Jahrhunderts, an den Faschismus und schließlich den Nationalsozialismus. Die ideologische Basis des Nationalsozialismus wirkt bis in unsere Gegenwart.

Die heutige Fachtagung hat sich erneut mit den wichtigsten Phänomenen des extremen Denkens und Handelns in der Gesellschaft befasst. Es sind Experten aus den verschiedensten Bereichen zusammengekommen, um sich diesem Thema weiter zu nähern und vor allem Neues herauszuarbeiten.

Ich möchte nur einige wenige Sachverhalte aus dem Gehörten aufgreifen und für das Land Sachsen-Anhalt einordnen.

Ich muss feststellen, dass das Thema „Rechtsextremismus“ kein alter Hut ist.

Kritiker solcher Veranstaltungen mögen sagen: Ja, ja, die haben wieder über die „Glatzen“ gesprochen, die unbelehrbar „Heil Hitler“ grölen, Rudolf Hess huldigen oder hinter einem NPD-Infostand Werbematerial verteilen, als Abgeordnete im Kreistag krude Anfrage an die Verwaltung stellen.

Ja, das gibt es alles und muss auch zur Sprache gebracht werden.

Aber, es gibt Neues, es gibt den Wandel. Dieser muss analysiert und erklärt werden, damit die Handlungsträger der Politik, der Sicherheits-, Strafverfolgungs- und Ordnungsbehörden, der Institutionen, die in der Prävention tätig und politischen Bildung unterwegs sind, sachgerecht und zielsicher mit dem Thema umgehen können.

Der Rechtsextremismus unterliegt dem Wandel, so wie Gesellschaft einer stetigen Entwicklung unterliegt. Er passt sich den Umständen an. Wenn Sie so wollen: Er modernisiert sich. Und das auf vielfältige Art und Weise – auch in Sachsen-Anhalt. Diese Veränderungen sind ein Prozess. Sie erschließen sich oft nicht auf den ersten Blick. Für die Erklärung neuer Erscheinungsformen, die eine ideologische Basis haben, müssen sich Sicherheitsbehörden mitunter auch Zeit nehmen. Es liegt nicht an einem behördlichen Unvermögen, wenn nach einem bestimmten Vorfall zur Zeit X nicht sofort abschließende Erklärungen und Antworten Y gefunden werden.

Letzteres trifft vor allem für ideologische Transformationsprozesse zu.

Der Wandel des Rechtsextremismus ist anerkannter Maßen ein gesellschaftlicher Prozess. Er kann nicht isoliert für ein Bundesland beschrieben werden. Er muss in einem gesamtdeutschen Kontext, ja, in einem europäischen Kontext gestellt werden.

Dies vorangestellt kann ich für Sachsen-Anhalt festhalten: Der Wandel ist auch hier spürbar.

Selbst in dem eher statischen Bereich der Personengruppe, die durch das Begehen von politisch motivierten Straf- und Gewalttaten auffällt, sind in der jüngeren Zeit Veränderungen zu beobachten. Ich will nur zwei Aspekte herausgreifen:

Eine nicht unerhebliche Anzahl der 2015 registrierten politisch motivierten Täter sind Ersttäter. Also, Übergriffe auf Asylunterkünften und Asylsuchende wurden von Personen begangen, die Polizei und Verfassungsschutz nicht bekannt waren. Im Jahr 2015 lagen mit Blick auf die ermittelten Tatverdächtigen (rund 1400) nur zu einem Drittel (32 %) staats- und verfassungsschutzrelevante Vorerkenntnisse vor.

Zudem stellen wir eine Verlagerung der Politisch Motivierten Kriminalität von der Realwelt in die virtuelle Welt fest. Straftaten bleiben Straftaten, auch wenn sie über die Tastatur und das Internet erfolgen. Im Jahr 2015 wurden 17 % aller Straftaten im Internet begangen, 2014 waren es noch unter 10 %.

Das sind nur zwei „Modernisierungen“ für diesen Bereich.

Bei den Agitationsformen zeichnen sich in den letzten Jahren deutliche Veränderungen ab. Revisionistische Aktionen treten in den Hintergrund.

Die Szene ist auf der Suche nach adäquaten Formen, wir haben heute etliches gehört, was im Internet läuft. Auch der Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt ist in Gänze im „Netz“ angekommen.

Das interaktive Internet versprüht sozusagen rechtsextremistische Propaganda und erreicht mit geringen Bordmitteln ein hoch individualisiertes und expressives, diffuses Milieu. Dadurch entstehen wiederum erfolgreiche virale Kampagnen. Ein Beispiel dafür ist die „Brigade Halle/Saale“ (BHS) oder die Identitäre Bewegung. Gruppierungen, die ihre Kinderstube im vermeintlich geschützten,

behüteten und warmen Internet hatten und nach einem Reifungsprozess in die Welt traten.

Insgesamt zeigt sich die Bereitschaft, auf die Sprache und Optik des Mainstreams einzugehen mit dem Ziel, diese für die eigenen Zwecke umzu-deuten.

Dies bürgt die Gefahr in sich, dass Nicht-Extremisten, also Personen, die wir in der Mitte der Gesellschaft wännen, zunächst nicht erkennen (können), mit welchen Gruppen und Personen sie ihren mitunter nachvollziehbaren Protest gerade im Kontext der Flüchtlingssituation realisieren. Auf diesem Umstand hat der Verfassungsschutz bereits im Oktober 2015 hingewiesen. Und diese Situation zeigte sich uns in den sehr zahlreichen Protestveranstaltungen auf der Straße und andernorts.

Das Genannte sind Anzeichen für die Anpassungsfähigkeit des Rechtsextremismus. Er hat im Kontext der Flüchtlingssituation wieder an Vitalität zugenommen. Er tritt offen, aber auch mit Mimikry-Methoden auf. Er bedient alle gesellschaftlichen Milieus und Themen und bringt neue Formen hervor.

Der Rechtsextremismus hat gerade in der jüngsten Zeit unter Beweis gestellt, dass er bündnisfähig ist. Die Bündnisfähigkeit ist ein bedeutsames Qualitätsmerkmal und ist Ausdruck von Inhalts- und Organisationsstärke des Rechtsextremismus.

Beispielhaft sind zu nennen:

- MAGIDA
- Aktionsbündnis Sachsen-Anhalt
- Kampfbündnis Mitteldeutschland
- Identitäre Bewegung

Auch die rechtsextremistischen Parteien stehen nicht auf dem Abstellgleis. Es gibt sie noch.

Die NPD hat allerdings das Abfahrtsignal des Schaffners verpasst und auch die Signale des Stellwerks stehen auf Rot. Das ist nicht nur dem Verbotsverfahren geschuldet. Die NPD hat offenbar keine attraktiven Angebote, durchsetzungsstarkes Personal fehlt, oder die Themen werden von anderen Kräften bedient.

Auch der schwindende Bindungswille von Menschen schwächt auch diese Partei.

In dieses Vakuum stoßen Personen, die das Modell „Partei“ noch nicht aufgegeben haben. Daher gibt es auch auf diesem Feld Bewegung und einen gewissen Reformwillen.

Mein Resümee macht deutlich, dass sich der Rechtsextremismus in Deutschland und somit auch in Sachsen-Anhalt im stetigen Wandel befindet. Wir haben es mit einer zunehmenden Differenzierung zu tun und das stellt uns vor stärkere Herausforderungen als wir sie aus den 1990-er Jahren kennen.

Die Schubladen, in denen wir den Rechtsextremismus gern gepackt haben: Parteigänger, Straftäter, Neonazi klemmen ein wenig, mitunter reichen die Schubladen der Kommode nicht mehr aus.

Wie werden wir die Reichsbürger sortieren, in eine neue Schublade? Oder reichen die vorhandenen?

Ich freue mich auf die Diskussion.





Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt herausgegeben.

Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für die Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift von Parteien oder sie unterstützenden Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Impressum

Herausgeber: Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt
Halberstädter Straße 2/am „Platz des 17. Juni“
39112 Magdeburg

Redaktion: Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt
Referat 44
– Extremismusprävention, Spionageabwehr, Wirtschaftsschutz –
Nachtweide 82
39124 Magdeburg
www.mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz

Gesamtgestaltung/Druck: Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt
– Stabsbereich I/Wissenschaftlicher Dienst –

Nachdruck bzw. Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Herausgebers.